



# UFZ-Bericht

UFZ-Bericht • UFZ-Bericht • UFZ-Bericht • UFZ-Bericht

UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Nr. 2/1995

---

## Soziale Brüche und ökologische Konflikte in einer ländlichen Industrieregion: Der Südraum Leipzig

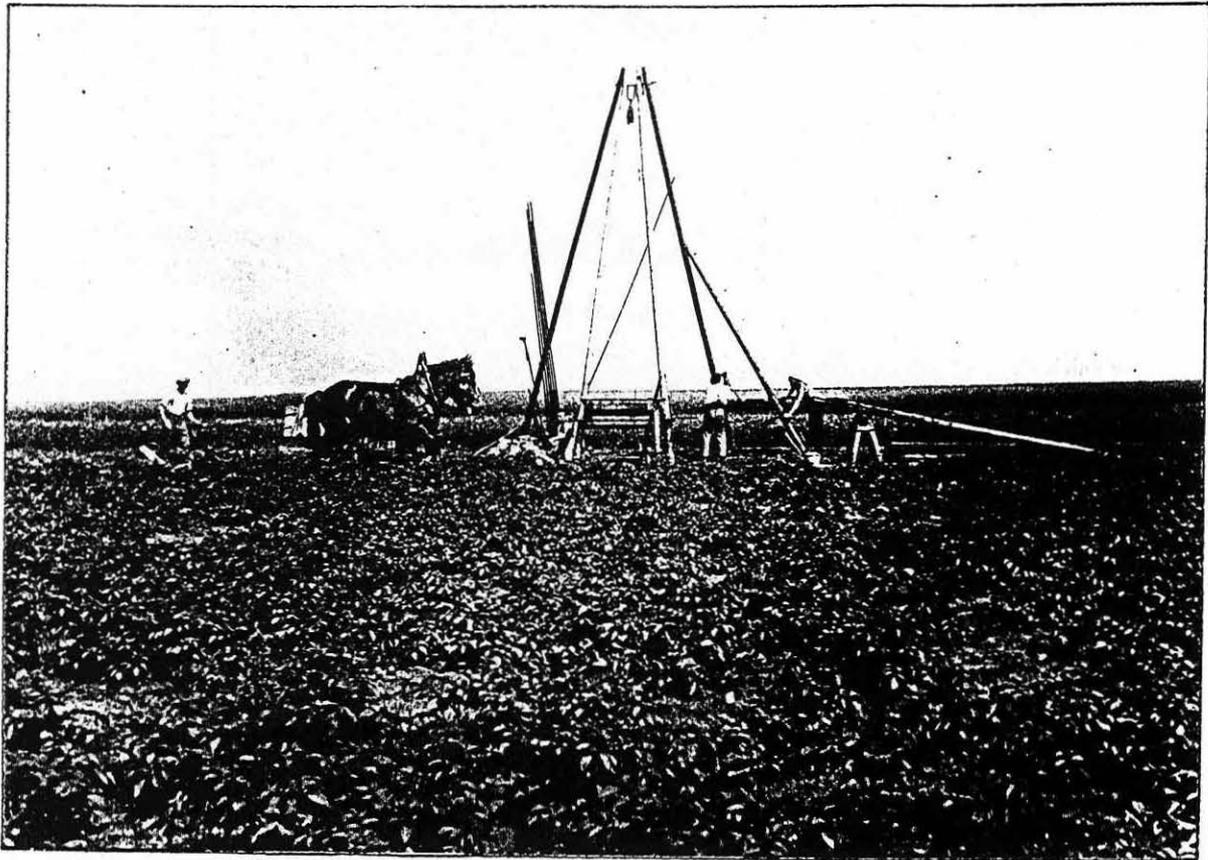
---

Ursula Bischoff  
Sigrun Kabisch  
Sabine Linke  
Irene Ring  
Dieter Rink

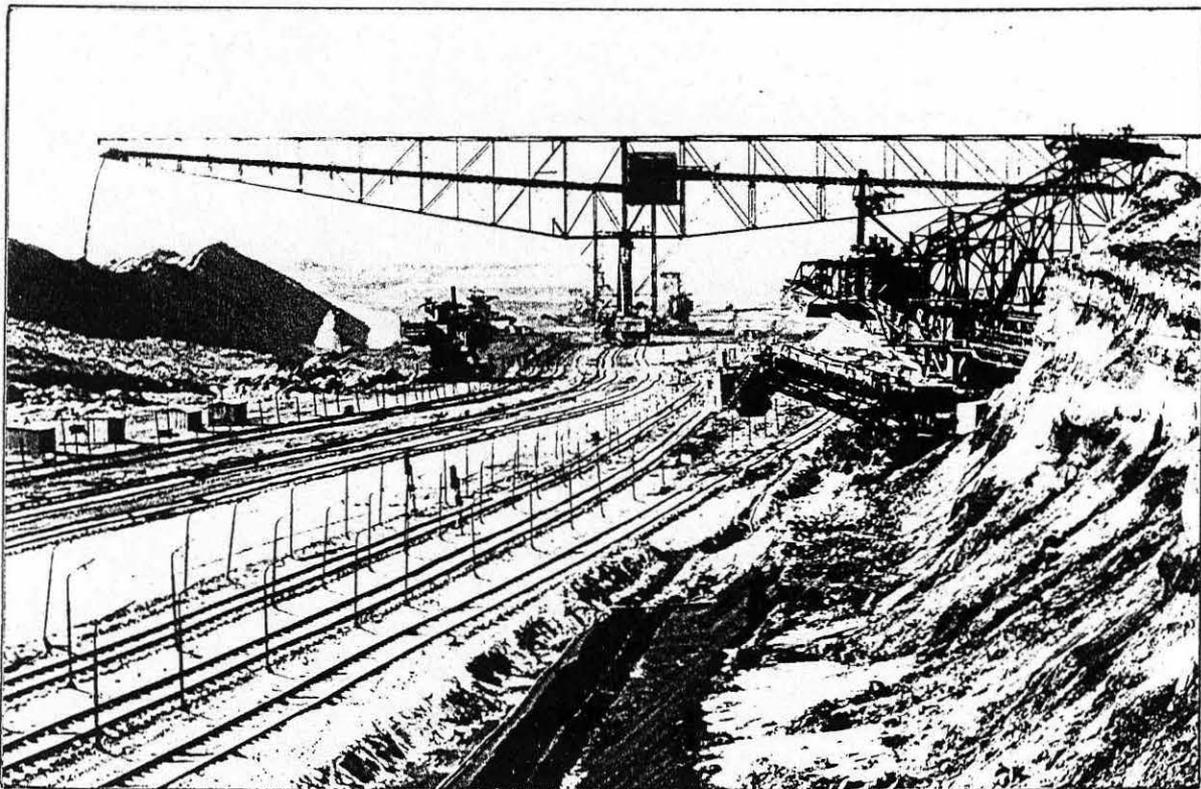
Sektion Angewandte Landschaftsökologie  
UFZ-Umweltforschungszentrum  
Leipzig-Halle GmbH

## **Inhaltsverzeichnis**

I.	Einleitung	1
II.	Soziale und ökologische Entwicklungen im Zuge der Industrialisierung	
	1. Wirtschaftsgeographische Veränderungen	3
	2. Soziodemographische Veränderungen	7
	3. Ökologische Veränderungen	10
III.	Wirtschaftlicher Kollaps, Deindustrialisierung und soziale Brüche nach 1989	
	1. Regionale Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisensituation	15
	2. Espenhain nach der Kohle - Massenentlassungen und ihre Folgen für die berufliche Tätigkeit	21
IV.	Soziale, politische und ökologische Konflikte im Zuge von Industrialisierung und Deindustrialisierung	
	1. Früher Umweltprotest gegen Großtechnik und Naturzerstörung (1920er Jahre bis 1945)	25
	2. Der Protest gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung im Zeichen von Opposition und Widerstand in der DDR	27
	3. Der Konflikt um die Kohle während der Wendeereignisse 1989/90 und unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen	31
V.	Zusammenfassung und Perspektiven	40
	Literaturverzeichnis	45
	Anhang	



Erkundungsbohrung 1931



Förderbrücke im Tagebau Espenhain (ca. 1980)

Fotos: Archiv Braunkohleveredlungswerk Espenhain

# **Soziale Brüche und ökologische Konflikte in einer ländlichen Industrieregion: Der Südraum Leipzig<sup>1</sup>**

## **I. Einleitung**

Im Laufe von nur knapp 100 Jahren erlebte die hier untersuchte Region dank ihres Ressourcenreichtums einen wirtschaftlichen Aufstieg, der, in seinen Anfängen euphorisch gepriesen, der Region zuletzt zum Verhängnis wurde. Unternehmungen und Investitionen, die zu ihren Zeiten bedeutende Innovationen darstellten und im Weltmaßstab führend waren, haben die Region durch Ausmaß und Qualität ihrer Folgewirkungen von Grund auf verändert: Sie haben die wirtschaftliche und soziale Struktur der Region sowie ihre ökologischen Lebensgrundlagen in weiten Bereichen entweder zerstört oder langfristig und nachhaltig beeinträchtigt.

Der Mensch steht im Zentrum der vorliegenden Untersuchungen, denn menschliche Aktivitäten sind es, die diese Region und ihre Landschaft umgeformt haben. Wirtschaftliche und politische Entscheidungen zogen gravierende wirtschaftsstrukturelle Veränderungen nach sich und wirkten sich in vielschichtiger Weise auf die Bevölkerung sowie den Naturhaushalt der Region aus.

Ziele der folgenden Ausführungen sind vor diesem Hintergrund die Nachzeichnung wichtiger Aspekte der sozialen und ökologischen Entwicklung in der Region Borna wie auch die Analyse und Charakterisierung der damit verbundenen sozialen, ökologischen und politischen Konflikte. Es sollen ausgewählte Aspekte der Sozial- und Umweltgeschichte dieser Region beschrieben werden, die sich in dieser Zeit von einer agrarisch strukturierten (dem "Zwibbel-Borne") zu einer industriellen (dem "Südraum Leipzig") bzw. nunmehr deindustrialisierten Region wandelte. Dabei wird Bezug genommen auf die Verflechtung des Untersuchungsgebietes mit dem Verdichtungsraum Leipzig-Halle.

Im ersten Teil werden wirtschaftsgeographische, soziodemographische und ökologische Aspekte der Entwicklung der Region Borna behandelt. Im zweiten Teil geht es um regionale Auswirkungen der Krisensituation, auch hier wieder insbesondere um ökologische und wirtschaftliche sowie

---

<sup>1</sup> Dieser Bericht ist eine aktualisierte und erweiterte Fassung einer 1994 im Rahmen des Projekts "Kulturlandschaft Südraum Leipzig" für die Siemens Kulturstiftung erstellten Studie "Sozialstrukturentwicklung und Kulturlandschaft des Südraums Leipzig". Innerhalb dieses von einer Regiegruppe (bestehend aus Vertretern von PRO Leipzig e.V., des Deutschen Werkbunds Sachsen, der Naturförderungsgesellschaft Borna-Birkenhain, des Büros für Urbane Projekte, des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle GmbH, der Universität Leipzig - AG "Sachsen im 20. Jahrhundert" und des Naturkundemuseums Leipzig) erarbeiteten Projekts entstanden weitere Studien zu den Themenbereichen Landwirtschaft, Industriegeschichte und Siedlungs- und Architekturgeschichte.

Arbeitsmarktentwicklungen im Zuge der Deindustrialisierung seit der Wende 1989/90. Im dritten Teil werden dann soziale, politische und ökologische Konflikte im Zusammenhang mit dem Bergbau und der Braunkohlenindustrie untersucht. Der vierte Teil skizziert die mögliche perspektivische Entwicklung des Südraums Leipzig.

## II. Soziale und ökologische Entwicklungen im Zuge der Industrialisierung

### 1. Wirtschaftsgeographische Veränderungen

Die hier betrachtete Region "Südraum Leipzig", deren Kern der ehemalige Landkreis Borna<sup>2</sup> bildet, war bis zu Anfang des Jahrhunderts überwiegend agrarisch strukturiert. Der Gemüseanbau für das nahegelegene Leipzig verlieh der Region den Namen "Zwibbel-Borne". Daneben waren Kleingewerbe, Handwerk und auch eine Reihe von kleinen Braunkohlenbergwerken typisch.

Die erste Notiz über den Bornaer Bergbau stammt aus der "Chronik von Borna" (Fischer 1910) aus dem Jahre 1799, 1815 wurde die erste ständige Grube "Marie" eröffnet. Ende der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts waren schon sieben kleine Gruben in der Nähe von Borna in Betrieb, die vom lokalen Absatz lebten. Daneben schürften Bauern und Landarbeiter für den eigenen Bedarf. Durch den Ausbau des Straßennetzes und die Entstehung kapitalkräftiger Gesellschaften kam es nach 1855 zur planmäßigen Betreibung privater Werke mittels Tiefbau. 1863 wurden im Bornaer Revier 20 Tagebaue und 16 unterirdische Gruben gezählt.

Mit dem Anschluß des Bornaer Revieres an das Eisenbahnnetz setzte die Industrialisierung ein und wurde die Entwicklung des Bergbaus beschleunigt. Mit der Trockenbrikettierung und der Verarbeitung der Braunkohle zu Teer und anderen chemischen Produkten wurden neue Absatzmärkte erschlossen und entwickelten sich die Gruben zu Großbetrieben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war ein erster Höhepunkt erreicht, es gab noch vier Kleingruben, aber schon elf Großbetriebe. Der Bergbau war damals allerdings nicht die beherrschende Branche, die Region zeichnete sich durch eine relativ diversifizierte und kleingewerbliche Wirtschaftsstruktur aus.

In den folgenden Jahrzehnten stieg die Fördermenge der Braunkohle kontinuierlich an (Abb. 1 im Anhang). Der Schwerpunkt verlagerte sich auf den Tagebaubetrieb. In den 20er Jahren setzte sich der großräumige Braunkohlenabbau mit der Eröffnung der Großtagebaue Zwenkau und Böhlen vollends durch. Damit verbunden war die großtechnische Verwertung der Kohle (Verstromung, Brikettierung und chemische Verarbeitung), die auch die Industrie zum dominanten Wirtschaftssektor in der Region machte (zur Periodisierung des Braunkohlenbergbaus siehe auch: Fischer 1910; Barthel 1962, S. 29 ff.). Die Industrialisierung des Bornaer Revieres und die Bildung des Ballungsraumes Halle-Leipzig fiel zusammen mit Monopolisierung des Bergbaus und seiner

---

<sup>2</sup> Zum 1.8.1994 wurden im Rahmen der Kreisreform im Freistaat Sachsen die Landkreise Leipzig, Borna und Geithain zum Großkreis Leipziger Land vereinigt. In dieser Studie steht der ehemalige Landkreis Borna als Kerngebiet und Beispielraum stellvertretend für den darüber hinausgehenden Südraum Leipzig.

Folgeindustrien, deren wesentliche Impulse aus der Vorbereitung und Durchführung der beiden Weltkriege kommen (Scholz 1965, S. 97).

Anknüpfend an das Großkraftwerk Böhlen und den Tagebau Zwenkau erfolgte in den 30er Jahren der Bau der Großschwelerei und des Hydrierwerkes Böhlen sowie der Neuanlagen von Espenhain, Deutzen und Deuben. Im Zuge dieser Entwicklung kam es zur Umwandlung einzelner Industriestandorte in großindustrielle Komplexe, die durch einen übergroßen Standort oder Standortkomplex inmitten eines mehr oder weniger ausgedehnten Bereichs urbanisierter Landgemeinden gekennzeichnet waren (nur der Bornaer Raum wies eine größere Streuung der Braunkohlenindustrie auf) (Hönsch 1973, S. 210). Die Entwicklung des Bornaer Bergbaureviers und der Aufbau der Braunkohleveredlungsanlagen (in Espenhain, Böhlen, Deutzen) in den 30er und 40er Jahren führten zu einer funktionellen Verflechtung mit der Chemieregion Halle-Leipzig-Bitterfeld im weiteren Sinne. Dies veränderte auch die funktional-räumliche Zuordnung der Region, es wurde mehr und mehr von einem "großindustriellen Teilraum" innerhalb eines Ballungsraums gesprochen (Scholz 1965, S. 48; Karte 1 im Anhang).

Nach 1945 kam es dann durch verwaltungsmäßige Umstrukturierungen (die 1952 erfolgte Eingliederung der Kreise Altenburg und Schmölln in den neugebildeten Bezirk Leipzig) und durch die Aufschlüsse der Großtagebaue von Haselbach und Schleenhain zum Zusammenschluß mit dem Meuselwitzer Revier zum Borna-Meuselwitzer Revier. Durch das Ausgreifen des Kohlenabbaus in benachbarte Kreise (den damaligen Landkreis Leipzig und den Kreis Hohenmölsen) sowie die wirtschaftliche Verflechtung erweiterte sich dieser Raum, der dann als "Abbaurevier Südraum Leipzig" bezeichnet wurde (Berkner 1989, S. 173). Mittlerweile hat sich im Sprachgebrauch der Begriff "Südraum Leipzig" eingebürgert.

Im Zeitraum zwischen 1945 und den 1960er Jahren setzte sich die eingeschlagene industrielle Entwicklung im wesentlichen fort. Einzelne Ergänzungen und die quantitative Verdichtung, insbesondere auf industriellem Gebiet, waren die einzigen größeren Veränderungen. Im Ergebnis der speziellen Förderung der Industrie (insbesondere der Grundstoff- und Schwerindustrie) durch die Wirtschaftspolitik der DDR war eine Stabilisierung der Zahl der Industriebeschäftigten bis Ende der 80er Jahre zu verzeichnen (Tabelle A im Anhang). Außerdem erfolgte eine funktionelle Verdichtung durch die stärkere Orientierung der Gesamtstruktur auf die Hauptindustrie (Chemie). Dies war verbunden mit einer Strukturbereinigung (Scholz 1965, S. 135), die durch eine Eingliederung von kleineren in größere Betriebe sowie durch die Zurückdrängung und Elimination branchenfremder Betriebe (z.B. der Kürschnereien und Pelzbetriebe in Groitzsch, Pegau und Rötha) durchgesetzt wurde.

Bis in die 60er Jahre hatten sich im Südraum drei für die Kohleindustrie wichtige industrielle Komplexe herausgebildet:

- der Kreis Meuselwitz mit vier Tagebauen, acht Brikettfabriken und einem Teerverarbeitungswerk;
- der engere Bornaer Raum mit vier Tagebauen, 11 Brikettfabriken und der Zentralwerkstatt Regis-Breitungen;
- die Kombinate Böhlen und Espenhain mit zwei Großtagebauen, drei Schwelereien, vier Brikettfabriken und Industriekraftwerken (ebd., S. 126 f.).

Die erst spät, aber rasant einsetzende Industrialisierung veränderte die Branchen- und Sektorenstruktur massiv, der industrielle Sektor wurde innerhalb kürzester Zeit zum beherrschenden.

Tabelle 1

Wirtschaftsstruktur des ehemaligen Kreises Borna nach Sektoren (Anteil der Beschäftigten)

Jahr	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
1907	30,8	44,0	25,2
1920	20,0	55,0	25,0
1939	13,2	67,5	19,3
1955	13,0	68,9	18,1
1961	9,8	67,3	22,2
1967	6,5	67,9	25,6
1975	5,5	68,0	26,5
1981	5,5	69,5	25,0
1989	5,7	73,4	20,7
1990	4,4	71,0	24,6
1991	3,3	66,6	30,1
1993	4,0	45,9	50,1

Quellen: Für 1907, 1920 und 1939: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes; 1955-1981: Statistische Taschen- und Jahrbücher Bezirk Leipzig; für 1989: Rudolph 1990; 1990-1993: Unterlagen des Wirtschaftsamt Borna 1994

Aus der Tabelle 1 wird ersichtlich, daß der Industriebereich (einschließlich Bergbau) bereits 1920 über die Hälfte der Beschäftigten umfaßte. Mit den Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg erlangte er ein absolutes Übergewicht gegenüber den anderen Sektoren, welches in den folgenden Jahrzehnten weiter stabilisiert wurde.

Ende der 80er Jahre erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt mit fast drei Viertel der Beschäftigten im Jahr 1989 im Industriesektor<sup>3</sup> (DDR-Durchschnitt waren 1988: 10,8% der Beschäftigten im ersten (ohne Bergbau), 47,1% im zweiten und 42,1% im dritten Sektor; Fege 1990, S. 12). Auffällig ist auch, daß der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft schon vor 1939 erheblich abgenommen hatte und in der DDR-Zeit unter dem Durchschnitt blieb. Der Dienstleistungssektor spielte mit Werten um 25% bis Ende der 80er Jahre ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle. Zieht man noch die Branchenstruktur heran, so wird die überdimensionale Rolle des Bergbaus sowie des Energie- und Chemiebereichs mit 57,2% der Beschäftigten deutlich. Das führte dann 1989 zu einer Zuordnung des Kreises zum Typ "Umlandregion mit industrieller Monostruktur", der als "problematischer Standort" und "besonders gefährdet" eingeschätzt wurde (Rudolph 1990, S. 484).

Die Art und Weise der Industrialisierung (sehr spät einsetzend, von Monopolen im Zusammenspiel mit staatlichen Instanzen von außen gesteuert<sup>4</sup>) hatte zur Schaffung großindustrieller Komplexe (wie z.B. des Werkes Espenhain oder des Böhlener Industriekomplexes) geführt. Diese waren funktionell als Zulieferer von Rohstoffen (Kohle, Gas, chemische Halbprodukte) und Energie in die wirtschaftliche Gliederung der Region Halle-Leipzig integriert. Andere Branchen sollten laut der Flächennutzungsplanung des Landes Sachsen von 1928 nicht angesiedelt werden (Hönsch 1973, S. 208).

Klein- und mittelständische Unternehmen wurden durch:

- die staatliche Flächenplanungen,
- Enteignungen zugunsten des Bergbaus in der Zeit des Nationalsozialismus,
- die Dominanz der Großindustrie (höheres Lohnniveau, staatliche Privilegierung) und
- administrative Maßnahmen (Verstaatlichung privater Betriebe, Kollektivierung des Handwerks unmittelbar nach 1945 bzw. in den 50er bis 70er Jahren) minimiert.

In der so geschaffenen großindustriellen Monostruktur fanden sie ohnehin kaum wirtschaftliche Anknüpfungspunkte für ihre Entwicklung.

Dadurch wurde der ehemalige Kreis Borna in mehrfacher Weise, nämlich hinsichtlich der Branchen- und Sektorenstruktur, der Betriebsgrößengruppen und der Funktionen im regionalen Wirtschaftsverbund, monostrukturiert. Die erzielten Gewinne flossen aufgrund der zentralen Gewinnabführung aus der Region und wurden weder in Infrastruktureinrichtungen investiert, noch kamen sie der Kapitalbildung zugute. Die Benachteiligung, ja Ausbeutung der Region war diesem Indu-

---

<sup>3</sup> Die Entscheidung, Braunkohleabbau und -verarbeitung dem zweiten Sektor zuzurechnen läßt sich damit begründen, daß es sich (a) um keine handwerkliche Tätigkeit handelte wie beim Steinkohleabbau, (b) dagegen aber um industrielle Tätigkeiten sowohl beim Abbau als auch bei der Verarbeitung der Kohle und (c) die Verflechtung zwischen Abbau und karbochemischer Verarbeitung sehr eng war.

<sup>4</sup> siehe Kapitel IV

ustrialisierungstyp von Anfang an inhärent. Sie konnte sich aber erst unter den kriegswirtschaftlichen Bedingungen des NS-Regimes bzw. quasi-kriegswirtschaftlichen Bedingungen im Realsozialismus voll entfalten.

## 2. Soziodemographische Veränderungen

Die rasche Industrialisierung in den 20er und 30er Jahren bewirkte eine enorme Zuwanderung in den damaligen Landkreis Borna wie in die Region insgesamt (Kupferschmidt 1938). Diese verteilte sich räumlich allerdings sehr unterschiedlich. So hatten einzelne Orte eine sprunghafte Vervielfachung ihrer Einwohnerzahlen aufzuweisen (z.B. Kitzscher zwischen 1939 und 1945), andere dagegen verzeichneten ein stetiges Wachstum (Tabelle B im Anhang). Dies lag an der Siedlungspolitik der großen Unternehmen, die ihre Arbeitskräfte z.T. in der Nähe der Werke ansiedelten. Ein heute noch sichtbares Zeichen dafür sind die Werkssiedlungen in Espenhain und anderen Orten (Mohs 1964, S. 323 ff.). In der Nazizeit war es zudem erklärtes Ziel der Siedlungspolitik, das Großstadtwachstum zu stoppen und dafür die Gemeinden und Kleinstädte zu entwickeln. Nicht zufällig ging die Bevölkerungszahl in Leipzig zwischen 1933 und 1939 zurück, während sie im Umland stieg. Damit kam es freilich zu einer Überformung der ländlichen Siedlungsstrukturen und darüber hinaus zu einer förmlichen Umwälzung in der Sozialstruktur.

Die Stadt Borna verwandelte sich in diesem Prozeß aus einer Ackerbürgerstadt mit Verwaltungsfunktionen und etwa 9.000 Einwohnern zu Beginn dieses Jahrhunderts zum Zentrum des Bergbaureviers mit über 23.000 Einwohnern (Hönsch 1992, S. 592). Viele Dörfer verloren ihren rein agrarischen Charakter, aus ihnen wurden Industriesiedlungen bzw. industrielle Kleinstädte. Ihre Bevölkerung ging mehrheitlich einer Erwerbsarbeit im Bergbau bzw. in der Chemieindustrie und Energiegewinnung nach. Neben der großen Gruppe der Zugewanderten fand auch ein nicht unbedeutender Teil der eingewanderten ländlichen Bevölkerung in der Industrie Arbeit.

Ihrer Herkunft nach stammten die Zugewanderten teils aus dem niederschlesischen Braunkohlenrevier Hirschfelde, zum größeren Teil aus den von der Textilindustrie geprägten Regionen um Chemnitz, Glauchau und Meerane. Diese Regionen hatten die Menschen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und des Niedergangs in den 20er Jahren verlassen oder waren von den Nazis gezielt abgeworben worden, die sich damit ein treues Klientel zu verschaffen suchten (Hofmann, Rink 1993). Damit kam eine dem Bergbau und seinen Traditionen fernstehende Bevölkerung in die Region, die z.T. niedrige Qualifikation besaß. Der traditionelle Stolz der Bergarbeiter ließ sich nur

schwer in die Belegschaften der Großindustrie verpflanzen. Waren die Nazis mit der Verbreitung des BraBAG-Geistes<sup>5</sup> in der Belegschaft noch relativ erfolgreich, so brachte die von der SED in den 50er Jahren begonnene Bergarbeiterkampagne ("Ich bin Bergmann, wer ist mehr?") nicht die erhofften Erfolge.

Obwohl die Region in den 50er Jahren infolge der Korrekturwanderungen nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>6</sup> und der Investitionen im Rahmen des Chemie- und Energieprogramms der DDR-Regierung Zuzug in erheblichem Umfang zu verzeichnen hatte, setzte bereits ein Rückgang der Einwohnerzahl ein. Seitdem gab es eine kontinuierliche Abnahme der Bevölkerung, wenngleich einige Gemeinden durch die Errichtung von neuen Wohngebieten bzw. Kohleersatzbauten weiterhin Bevölkerungsgewinne hatten. Anhaltende Migrationsverluste (zunächst durch die Devastierungen ausgelöst, später durch die Verschlechterung der Umweltbedingungen verstärkt) sowie ein Sterbefallüberschuß sind die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung (Abb. 2 im Anhang).

Während der Kreis Borna bis Ende der 20er Jahre Auspendlerregion war (Uhlig, Wollkopf 1981, S. 46), kehrte sich das Verhältnis seit den 30er Jahren um. Durch den chronischen Arbeitskräftemangel wurde er zur Einpendlerregion. Nach 1960 nahm die Pendelwanderung insgesamt infolge des Siedlungsbaus eher ab (Scholz 1967; Uhlig, Wollkopf 1981). Hauptzielorte der Pendelwanderung waren 1981 die Standorte großer Industriekomplexe wie Espenhain (9.400 Einpendler), Böhlen (7.300), Regis-Breitungen (3.800), Lippendorf (1.700), Deutzen (1.600), Groitzsch (1.400), Großzössen (1.100) und die ehemalige Kreisstadt Borna (5.600) (Landratsamt Borna 1990, S. 5).

Die Tabelle 2 weist aus, daß die größten Einpendlerströme 1981 auf den Kreis Altenburg entfielen, gefolgt von Geithain und Leipzig-Land. Umgekehrt waren über 5.000 Personen außerhalb des Kreises Borna tätig, hauptsächlich in Leipzig.

---

<sup>5</sup> Die Braunkohle Benzin AG agierte im mitteldeutschen Raum, darin vertreten waren u.a. das Land Sachsen und die Aktiengesellschaft Sächsische Werke.

<sup>6</sup> Zum ersten betrifft dies Rückwanderungen der im Krieg evakuierten Bevölkerung, zum zweiten Zuwanderungen aus den sog. Ostgebieten (Schlesien, Pommern, Sudeten ecta.).

Tabelle 2

## Pendlerrelationen des ehemaligen Kreises Borna 1971 und 1981

	Einpendler		Auspendler		Saldo	
	1971	1981	1971	1981	1971	1981
innerbezirk.	17.559	15.548	3.499	3.835	14.060	11.713
davon Kreis:						
Altenburg	5.820	6.176	606	574	5.214	5.602
Geithain	3.085	3.233	250	241	2.835	2.992
Leipzig-Land	5.096	2.988	924	1.590	4.172	1.398
Leipzig-Stadt	2.898	2.602	1.616	1.345	1.282	1.257
überbezirk.	1.493	1.282	1.380	1.289	113	-7
gesamt	19.052	16.830	4.879	5.124	14.173	11.706

Quelle: Landratsamt Borna 1990, Teil 1, S. 5

Die überregionale Anwerbung von Arbeitskräften war aber nicht die einzige Maßnahme, um die ständigen Arbeitskräfteprobleme zu bewältigen. Schon im Zweiten Weltkrieg wurden Zwangsarbeiter zur Aufrechterhaltung der Produktion eingesetzt. Insbesondere in den großen Werken (wie Espenhain und Böhlen) kamen Fremdarbeiter und Kriegsgefangene zum Einsatz, die in werksnahen Lagern interniert wurden. Ein Teil dieser Lager wurden nach dem Krieg unter sowjetischem Kommando zum Zwecke der Umerziehung weitergeführt (z.B. das Lager in Espenhain, in dem von 1945 bis 1953 ca. 2.000 ehemalige Nationalsozialisten aus Leipzig interniert waren). Die DDR führte diese "Traditionslinie" mit dem Einsatz von Strafgefangenen in bestimmten Bereichen fort. Außerdem wurden in den 80er Jahren in den gesundheitsbelastenden und stör anfälligen Produktionsbereichen Ausländer eingesetzt, die auf der Basis von Regierungsverträgen in die DDR gekommen waren. 1989 arbeiteten ca. 15.000 Polen und Vietnamesen im ehemaligen Kreis Borna. Im Falle politischer Instabilitäten war seitens der politischen Führung vorgesehen, die Leipziger Opposition in ein Lager bei Espenhain zu bringen, eine perfide Idee der Staatssicherheit (Dietrich 1991, S. 30).

Die Deckung der hohen und im Zeitverlauf stabilen Nachfrage nach Arbeitskräften für die Industrie war ein Dauerproblem. Insbesondere in der Spätphase der DDR in den 80er Jahren war die Arbeitskräftenachfrage nur noch durch den verstärkten Einsatz von Frauen zu befriedigen. Ihr Anteil stieg von 25% im Jahre 1958 auf 34% 1985, dem Jahr mit der höchsten Zahl der Industriebeschäftigten. Bis 1989 fiel die Zahl dann zwar wieder, aber nur schwach. Im Gegensatz zu kapitalistischen Ländern, wo schon in den 60er Jahren eine verstärkte Abwanderung von

Beschäftigten aus der Industrie in den Dienstleistungsbereich stattfand, traf dies auf die DDR und erst recht auf eine Region wie Borna nicht zu. Rein formal unterschied sich die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten des Kreises kaum vom DDR-Durchschnitt. Von den 59.250 Erwerbstätigen 1989 hatten immerhin 89,4% eine abgeschlossene Berufsausbildung (Tabelle 3).

Im DDR-Vergleich waren die Hoch- und Fachschulabsolventen unterdurchschnittlich, Erwerbstätige ohne bzw. mit Teilabschluß durchschnittlich und die Meister und Facharbeiter überdurchschnittlich vertreten (Fege 1990, S. 11; Tabellen C1 und C2 im Anhang). Viele der Facharbeiter waren vom Status her aber nur angelehrt, sie hatten ihre Qualifikation in werksinternen Lehrgängen erhalten bzw. im Laufe ihrer Tätigkeit zuerkannt bekommen.

Tabelle 3

Qualifikationsstrukturen der Beschäftigten

Erwerbstätige	Abschluß	in Prozent
2.875	Hochschulabschluß	4,85
6.813	Fachschulabschluß	11,50
3.476	Meister	5,90
38.071	Facharbeiter	64,30
6.162	ohne Abschluß	13,40

Quelle: Landratsamt Borna 1990, S. 5

### 3. Ökologische Veränderungen

Die Leipziger Tieflandsbucht wurde durch die breiten Flußniederungen der Weißen Elster und der Pleiße geprägt. In ihren Auenlandschaften waren bis zum Ende des 18. Jahrhunderts noch artenreiche Laubwälder verbreitet (Hönsch 1992). Insgesamt wurde der Leipziger Raum seit Jahrhunderten flächenhaft intensiv landwirtschaftlich genutzt. Er war im Vergleich zu anderen Regionen durch Waldarmut und relativ wenig naturnahe Standorte gekennzeichnet. Dies bedingte ein vergleichsweise geringes natürliches Ausgleichspotential bzw. fehlende Ausgleichsräume, um Überbeanspruchungen des Naturhaushaltes kompensieren zu können (Neumeister 1991, S. 16).

Sowohl die einseitig auf Braunkohle aufbauende bergbauliche und industrielle als auch die intensiv-agrarwirtschaftliche Nutzung dieses sensiblen Raumes führten schließlich zu seiner voll-

ständigen ökologischen Überlastung: "Im Nordwest- bis Westteil [des ehemaligen Bezirkes Leipzig, d. Verf.] konzentrieren sich Dominanztypen intensivster Nutzung und höchster Belastung, extremster Vegetationsveränderung, -verarmung und -zerstörung, geringster biotischer Diversität und ökologischer Stabilität. . ." (Schlüter 1991, S. 62). Die darin eingebettete Landschaft des Südraumes Leipzig wird heute weitgehend als "künstlich" bis "naturfremd" eingestuft<sup>7</sup>. Mehrere Jahrzehnte auf wirtschaftliche Höchstleistungen zielende Nutzungen verwandelten eine noch zu Beginn des Jahrhunderts artenreiche Auenlandschaft in einen Landstrich, der nicht mehr durch seine Schönheit Erholungsuchende anlockt, sondern aufgrund seiner Verwüstung den Schaulustigen Anlaß zu "ehrfürchtigem" Staunen über die der Natur zugefügten Wunden bietet.

Die sich ab 1920 durchsetzenden Großtagebaue zur Braunkohlenförderung führten zu massiven landschaftlichen Veränderungen. Große Flächen des altpleistozänen Reliefs der Leipziger Tieflandsbucht sind mit technischer Hilfe anthropogen überformt worden. Die ehemals geringe Reliefenergie wurde durch Hohl- und Vollformen des Tagebaus gesteigert (Barthel 1960): Halden, Überflurkippen und Gruben prägen das ehemals flache Gelände und verändern Oberflächenabfluß und Bodeneigenschaften.

Bereits in den 20er Jahren fielen dem Tagebauvortrieb unter vergeblichen Protesten der Naherholung suchenden Leipziger Bevölkerung erste Teile des Harthwaldes zum Opfer, Restbestände des Waldes wurden 1967 devastiert. Mit der 760 ha großen Harthhochfläche verlor die Region nicht nur eines ihrer beliebtesten Naherholungsziele in unmittelbarer Nähe zur Stadt, gleichzeitig ging die klimatische und hygienische Ausgleichsfunktion der Waldfläche verloren, denn die Harth hatte nicht unwesentlich zur Verringerung der Böhlener Staubemissionen beigetragen (Hönsch 1968, S. 81 ff.).

Bis heute wurden dem Südraum Leipzig 250 km<sup>2</sup> Fläche entzogen, wovon lediglich 145 km<sup>2</sup> Fläche einer Folgenutzung zugeführt wurden (Landratsamt Borna 1990, S. 25). Für den ehemaligen Landkreis Borna (Gesamtfläche 364 km<sup>2</sup>) bedeutete dies, daß 78,3% seiner Fläche als Tagebaugebiet (228 km<sup>2</sup>) und für großflächigen Intensiv-Ackerbau (60 km<sup>2</sup>) beansprucht wurden. Dem standen nur 2,7% (10 km<sup>2</sup>) überwiegend forstwirtschaftlich genutzte Fläche gegenüber (Schlüter 1982). Tabelle 4 veranschaulicht den Anteil der Kohle-Abbauflächen und nicht rekultivierten Ödlandflächen an der Gesamtfläche des ehemaligen Kreises. Die Zunahme dieses Anteiles, insbesondere in den 80er Jahren, macht deutlich, daß Rekultivierung und Flächenrückgabe immer weniger mit dem Flächenentzug Schritt halten konnten.

---

<sup>7</sup> Schlüter 1982 (Kartenmaterial, Institut für Geographie und Geoökologie, Leipzig 1991): Mosaiktypen des Natürlichkeitsgrades. Vegetationsökologische Interpretation der landschaftsräumlichen Nutzungsstruktur zur Kennzeichnung von Nutzungsintensität und ökologischer Stabilität in Nordwestsachsen (ehemaliger Bezirk Leipzig).

Tabelle 4

Anteil der Kohle-Abbauflächen und nicht rekultivierten Ödlandfläche an der Gesamtfläche des ehemaligen Kreises Borna

Jahr	Fläche	prozentualer Anteil
1910	1,69 km <sup>2</sup>	0,5 %
1930	7,88 km <sup>2</sup>	2,2 %
1960	33,81 km <sup>2</sup>	9,3 %
1978	40,31 km <sup>2</sup>	11,1 %
1989	61,65 km <sup>2</sup>	16,9 %

Quelle: Landratsamt Borna 1990, Teil 1

Besonders tief griff der Braunkohlentagebau in den Gebietswasserhaushalt der betroffenen Region ein. Das ursprünglich reichhaltige Wasserdargebot der Flußniederungen von Weißer Elster und Pleiße wirkte noch zu Anfang des Jahrhunderts standortbildend für industrielle Ansiedlungen (Richter 1987). Der großflächige Braunkohlentagebau erforderte jedoch ebenso großflächige Grundwasserabsenkungen und die Verlegung der Flußläufe, soweit sie das Abbaugbiet durchzogen. Mit der Verlegung von Weißer Elster und Pleiße wurden Vorfluter kanalisiert und zum Teil verkürzt. Dadurch wurden Stauanlagen beeinträchtigt oder beseitigt. Insbesondere im Pleiße-Einzugsgebiet wurde durch die bergbaubedingte Inanspruchnahme von natürlichen Hochwasserretentionsflächen der Aufbau eines umfassenden Hochwasserschutzsystems erforderlich (Berkner 1989).

Inzwischen sind natürliche Grundwasserleiter weitgehend zerstört, unterbrochen oder nahezu irreversibel kontaminiert (Neumeister 1991, S. 41). Großflächige Grundwasserabsenkungstrichter durchziehen das betroffene Gelände. Im Abbaurevier Südraum Leipzig umfaßten diese Absenkungsbereiche 1985 in etwa 330 km<sup>2</sup> des insgesamt ca. 700 km<sup>2</sup> großen Fördergebietes (Berkner 1989). Die verlorenen Kapazitäten zur Trink- und Brauchwasserbereitstellung wurden durch die Nutzung von Grubenwasser ausgeglichen. Allerdings verursachten steigende Eisen- und Mangan-gehalte durch die Nutzung von Filterbrunnenwasser aus Braunkohlentagebauen in der Region Borna zunehmende Wasserqualitätsprobleme (Büro für Territorialplanung Leipzig 1990, S. 18). Darüber hinaus führte die langjährige landwirtschaftliche Intensivnutzung des Raumes (Gülleausbringung, Stickstoffüberdüngung) zu erhöhten Nitratwerten im Trinkwasser (a.a.O., S. 16).

Die Qualität der Oberflächengewässer wurde durch die Industrialisierung der Raumes stark beeinträchtigt. Beispielsweise stieg durch die Errichtung der Schwelerei und des Hydrierwerkes in

Böhlen die Verschmutzung der Pleiße sprunghaft an: Keimzahl, Schwebstoffe, Phenol- und Ammoniakgehalt vervielfachten sich von 1935 - 1936 (Landratsamt Borna 1990, S. 4), so daß in der Folge die städtischen Freibäder in Leipzig das Wasser der Pleiße nicht mehr verwenden konnten (Hönsch 1992). Seit den 50er Jahren überstieg die Belastung der Pleiße bei weitem ihr Selbstreinigungsvermögen, sie degenerierte zu einem azoischen Abwasserkanal. Die Geruchsbelästigungen zwangen schließlich die Stadt Leipzig Mitte der 50er Jahre, den alten Pleißelauf künftig unterirdisch durch die Innenstadt zu führen. Für die Verschmutzung der Pleiße waren insbesondere die Werke Espenhain und Böhlen verantwortlich, die beispielsweise 1952 mit 150.000 m<sup>3</sup> Abwasser täglich 3,5 t gelöste Phenole, über 30 t Gesamtphenole und 140 t gelöste organische Substanz einleiteten (Hönsch 1968, S. 200).

Durch den Braunkohlentagebau wurden gewachsene Böden zerstört und neue Kipp-Bodenformen anthropogen geschaffen. Die Technologie der Abraum-Verkipfung ließ neue Substrate mit unterschiedlichen Substratlagen entstehen, die erst in einem langandauernden Prozeß zu Böden (im herkömmlichen Sinne) werden (Neumeister 1991, S. 35). Der bergbaubedingte Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen konnte deshalb nach erfolgter Rekultivierung durch Flächenrückgabe nur zum Teil kompensiert werden (Berkner 1989).

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Rekultivierung der Böden im Falle ungeordneter oder wilder Kippflächengestaltung (Barthel 1960). In diesem Fall wurden sämtliche über der Kohle lagernden tertiären und pleistozänen Schichten des Deckgebirges zusammen mit dem humosen Mutterboden abgebaggert und verkippt. Die Durchmischung brachte die kulturfähigen Schichten in unwiederbringliche Tiefen, dagegen gelangten oft minderwertige und kulturfeindliche Massen an die Oberfläche. Vor allem in tertiären Sanden und Tonen enthaltenes feinverteiltes Schwefeleisen oxidierte unter dem Einfluß von atmosphärischem Sauerstoff zu Schwefelsäure und bewirkte in den betroffenen Flächen pH-Werte von 2 bis 3. Hier siedelten selbst anspruchloseste Pflanzen erst nach Jahren und Jahrzehnten (a.a.O.).

Aus diesen Gründen wurde die wilde Kippflächengestaltung durch eine Kulturbodenwirtschaft abgelöst, die entsprechend zukünftiger land- oder forstwirtschaftlicher Nutzungsabsichten geeignete Bodenauflagen auf Mischbodenkippen aufträgt. Trotzdem mußte im Rahmen der forstwirtschaftlichen Rekultivierung zumeist auf anspruchslose Pionierholzarten zurückgegriffen werden. Die landwirtschaftlichen Erträge entsprachen im Bornaer Raum nach ca. 8 bis 10 Jahren guter Bearbeitung und Düngung etwa 75 bis 80% der ehemaligen Leistung (Barthel 1960). Inzwischen stellen die Kippenflächen einen Anteil von ca. 30% an den landwirtschaftlichen Nutzflächen im ehemaligen Kreis Borna dar (Landratsamt Borna 1990, S. 22).

Eine Veränderung der Böden ergab sich auch durch die hohen Staubimmissionen, die im wesentlichen durch die Braunkohlenkraftwerke verursacht wurden: Die Mächtigkeit des im Laufe von etwa 100 Jahren sedimentierten Staubes betrug für den Raum Bitterfeld und Gräfenhainichen im Mittel 70 cm. Damit übertrafen industriell verursachte Sedimentationsraten natürliche Sedimentationsraten des Lösses im Weichselhochglazial um eine Zehnerpotenz (Neumeister et al. 1991). Die Werte des Leipzig-Bornaer Raumes werden als vergleichbar eingeschätzt (Neumeister 1991, S.12).

Die überwiegende Verwertung der geförderten Braunkohle in den Zentren der Energieerzeugung, Braunkohlenverarbeitung und chemischen Industrie in der Region verursachte massive lufthygienische Probleme. Im Vergleich der Kreise der ehemaligen DDR lag Borna bezüglich der Schwefeldioxid-Emissionen an der Spitze (1988: 660,7 kt, entspricht 12,7% Anteil an DDR-Emission), bezüglich der Staubemissionen an zweiter Stelle (1988: 132,3 kt, entspricht 6% Anteil an DDR-Emission) (Zuppke, Hartmann 1990). Gleichzeitig entsprach die emittierte Menge an Schwefeldioxid 70% dieser Emissionen im Bezirk Leipzig (Landratsamt Borna 1990, S. 26). Damit waren im Kreis Borna 100% der Fläche und 100% der Einwohner durch Schwefeldioxid sowie 89,1% der Fläche und 85% der Einwohner durch Staubbiederschlag unzulässig hoch (Belastungsstufen 3 bis 5) belastet. Die Braunkohlenkraftwerke Lippendorf, Thierbach, Regis, Borna sowie die Braunkohleveredelung Espenhain gehörten zu den Hauptemittenten von Schwefeldioxid und Staub. Sowohl bezüglich der Staubbilastung als auch bezüglich der Kombination von Schwefeldioxid- und Staubbilastung nahm die ehemalige Kreisstadt Borna die erste Stelle im Vergleich aller Städte der ehemaligen DDR über 10.000 Einwohner ein (Landratsamt Borna 1990, S. 26). Damit war Borna die lufthygienisch am höchsten belastete Stadt und lag mit der maximal erreichbaren Belastungsstufe 5,0 (bezüglich Staubemissionen) noch vor Merseburg und Bitterfeld (4,8) sowie Leipzig (4,1) (Zuppke, Hartmann 1990).

Neben den landschaftlichen Zerstörungen durch den Braunkohlenbergbau, der Belastung der Oberflächengewässer und der Wälder, stellte die luftgebundene Immission das am deutlichsten sicht- und spürbare Merkmal der Umweltbelastung der Region dar (Neumeister 1991, S. 11). In Böhlen und Umgebung konnte durch mehrjährige Messungen eine Verringerung der Sonnenscheindauer um mehr als 30%, verglichen mit Leipzig-Süd, nachgewiesen werden (Hönsch 1968, S. 194 f.). Jahrzehntelange Belastungen durch Luftschadstoffe stellen heute ein Gefahrenpotential dar, "das in das "Gedächtnis der Landschaft" für eine unbestimmte Zukunft eingegangen ist" (Neumeister 1991, S. 11).

### III. Wirtschaftlicher Kollaps, Deindustrialisierung und soziale Brüche nach 1989

#### 1. Regionale Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisensituation

Der gesellschaftliche Umbruch 1989/90 bewirkte im Südraum Leipzig einen wirtschaftlichen Kollaps. Durch die einseitige Ausrichtung und die starke regionale Verflechtung der Industriebetriebe kam es zu einem flächenhaften Zusammenbruch der bestehenden Wirtschaftsstrukturen und zu einem Beschäftigungsvakuum großen Ausmaßes. Die Anlagen der Karbochemie wurden bereits 1990 vollständig stillgelegt, bis Ende 1993 folgten fast alle Brikettfabriken. Die Rohkohleförderung sank von 52 Mio t (1989) auf etwa 15 Mio t (1992). Bis in die Gegenwart hinein findet eine Reduzierung von Bergbau und Kohleveredlung statt (Abb. 1 und Übersicht: Stilllegung von Betrieben und Betriebsteilen im Anhang).

Die Betriebsstillegungen bewirkten einen drastischen Rückgang des Schadstoffausstoßes (Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie 1994, S. 18). So stellt die Verbesserung der Luftqualität insbesondere in Industrieregionen und Ballungsräumen eine der unmittelbar positiven, ökologischen Folgewirkungen der Wende dar. Beispielhaft sei der Rückgang der Schwefeldioxid-Immissionen relativ zum Wert des Jahres 1989 genannt:

Tabelle 5

Relativwerte der SO<sub>2</sub>-Immissionskonzentration (Bezugsjahr: 1989)

Station/Jahr	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Böhlen	97%	100%	89%	76%	58%	52%
Borna	53%	100%	52%			
Mölbis		100%	39%			14%

Quelle: Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie 1994

Mit der Stilllegung der Betriebe und dem Einbau vergleichsweise kostengünstiger Staubfilter (relativ zu den Kosten der Schwefeldioxid-Rückhaltung) in noch bestehende Betriebe verminderten sich die Staubemissionen schneller als der Schwefeldioxid-Ausstoß. Damit haben sich auch die Anteile alkalischer Flugasche an den Emissionen stark reduziert, die durch ihren Kalzium-Anteil den Beitrag des Schwefeldioxids an der Säurebildung weitgehend neutralisierten. Diese relative Veränderung von Kalzium- und Schwefeldioxid-Anteilen an den Emissionen macht sich nun in

einer zunehmenden Versauerung des Niederschlags bemerkbar. Die Meßstation Leipzig, die dem Südraum Leipzig nächstgelegene Meßstation für nasse Depositionen des Landesamtes für Umwelt und Geologie, hatte im Zeitraum 1990 bis 1993 die stärkste Zunahme des Säuregrades des Niederschlagswassers in Sachsen zu verzeichnen: von pH 5,3 auf etwa pH 4,3 (Landesamt für Umwelt und Geologie, 1994, S. 15).

Abgesehen von der Verbesserung der Emissionssituation ist die Region nach wie vor durch Altlasten, Abbauprodukte, Abfälle, Ablagerungen aus Gewässern in den Flußsedimenten sowie durch zahlreiche Tagebaurestlöcher gekennzeichnet. Die Sanierung der Altlasten wie auch die Revitalisierung und Rekultivierung der Landschaft sind mit derzeit noch unkalkulierbaren Kosten verbunden. Die damit verbundenen Aufgaben werden nicht mittelfristig, sondern nur langfristig zu erfüllen sein (Vaatz 1993). Allein die Zeiträume für den Grundwasseranstieg nach Tagebauende sind mit mehreren Jahrzehnten anzusetzen. Dabei bestehen eine Reihe offener Fragen hinsichtlich der gütemäßigen Entwicklung des Grund- und Oberflächenwassers in der Region. Aufgrund von Phenolverpressungen im Untergrund, Deponien und Altlasten sowie z.B. Schwefel- und Eisenumsetzungen im gelüfteten Grundwasserleiter und in Kippengebieten kann vermutet werden, daß nur Wasser bedenklicher Qualität für die Grundwasserregenerierung zur Verfügung steht. Typisch für Altlastverdachtsflächen sind Asche-/Kohletrübedeponien, z.T. Schwelwasserdeponien der kohleverarbeitenden Industrie sowie ein breites Spektrum chemischer Rückstände der Chemieindustrie (Planungsgruppe Ökologie und Umwelt 1992, S. 91 f.). Auch die Qualität der Oberflächengewässer und Vorfluter ist im Zusammenhang mit der extrem hohen Belastung in der Vergangenheit zu sehen. Durch Betriebsstillegungen hat zwar die akute Belastung mit Schadstoffen stark nachgelassen, doch werden jetzt die über Jahrzehnte akkumulierten Schadstoffe aus den Sedimenten wieder rückgelöst und tragen zur Fließgewässerbelastung bei.

Neben der Altlastensanierung und der ökologischen Regeneration der Landschaft ist die Arbeitsmarktsituation infolge der Betriebsschließungen als besonders ernste soziale Aufgabe anzusehen. Die Braunkohlenindustrie mit ihren Begleitkonflikten (siehe Kapitel IV) bewirkte eine relativ einseitige berufliche Ausrichtung eines großen Teils der Arbeitskräfte des ehemaligen Landkreises Borna und beeinflusste deren Qualifikationsniveau (siehe Kapitel II, Abschnitt 2). Nach dem weitgehenden Wegbrechen der Kohlenindustrie stehen die aktuellen beruflichen Chancen der Arbeitnehmer schlecht.

Die 1990 begonnene Minimierung der Kohlenindustrie in der Region wurde von der Bevölkerung zunächst weitgehend akzeptiert - waren doch die gesundheitlichen und Umweltschäden deutlich und unübersehbar gewesen. Entsprechend wurde auch der damit verbundene Arbeitsplatzabbau in

Form von Personalreduzierungen bis hin zu Betriebsschließungen weitgehend als zwangsläufig und notwendig angesehen.

Es wurde aber gleichzeitig erwartet, daß der durch die damalige Regierung versprochene Aufbau neuer Arbeitsplätze in nennenswerten Größenordnungen erfolgt (Vereinbarung vom 12.02.1990). Dies steht bisher noch aus, so daß die entstandene Lücke auf dem regionalen Arbeitsmarkt entsprechend groß ist.

Anstelle der seitens der Politik in Aussicht gestellten "produktiven Zerstörung" der maroden DDR-Wirtschaft (Peters 1992, Zapf 1992) trat eine Festschreibung bisheriger wirtschaftlicher Strukturen auf dem untersten Niveau.

So basiert der Strukturwandel im Südraum Leipzig bisher nur auf der enormen Schrumpfung des vorab dominanten sekundären Sektors. Ausschließlich infolge dieser Strukturschwäche ist der Dienstleistungssektor wirtschaftsdominant geworden, obwohl auch hier die Zahl der Beschäftigten seit 1991 bereits wieder leicht zurückging.

Tabelle 6

Wirtschaftsstruktur des ehemaligen Kreises Borna (nach Beschäftigten)

Jahr	Ins- gesamt	Land- u. Forstw.	Energiew., Bergbau/ verarb. G.	Baugew.	Handel	Verkehr u. Nachr.- überm.	übrige Wirtsch.- bereiche
9/1989	59.250	3.437	42.719	711	3.318	1.540	7.525
1990	55.410	2.461	39.408	1.146	3.413	1.172	7.810
1991	47.286	1.543	31.501	1.011	3.370	1.334	8.527
1993	23.718	957	7.907	2.968	3.591	631	7.664

Quellen: Rudolph 1990; IHK zu Leipzig 1993; Unterlagen Wirtschaftsamt Borna 1994

Die ehemals beherrschende Wirtschaftsbranche "Kohle" hatte zwar einen Kollaps erlitten und existiert nunmehr auf wesentlich niedrigerem Niveau, da aber innerhalb des sekundären Sektors keine anderen Strukturen entstanden sind, insbesondere Arbeitsplätze in der Fertigungsindustrie mit lokaler Wertschöpfung, dominiert sie den produzierenden Bereich weiterhin. Auch unter dem Aspekt der Betriebsgröße sind die Unternehmen der Kohle/Energie strukturbestimmend für die Region geblieben. So ist der größte Arbeitgeber gegenwärtig immer noch die "Kohle", in Form der Vereinigten Mitteldeutschen Braunkohlenwerke GmbH (Mibrag) und der Mitteldeutschen Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (MBV) sowie einiger Töchter derselben (Mitteldeutsche Umwelt und Entsorgungs GmbH, Deponie-Wirtschaft Umweltschutztechnik GmbH), die in der Müllent-

sorgung tätig geworden sind. Deren Potenz gründet sich in erster Linie auf ihren großen Flächenbesitz in diesem Raum (siehe Kapitel IV).

Zum neuen Wirtschaftsfaktor wurde der Mittelstand. Bei den Aus- und Neugründungen von Betrieben seit 1990 entsprach die regionale Gründungsdichte für den ehemaligen Landkreis Borna im Durchschnitt 3,4 Gründungen pro 1.000 Einwohner (Hinz 1993, 70 ff.). In der Regel handelte es sich um kleinere Gewerbebetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. Gewerbeneuanmeldungen fanden hauptsächlich in den Bereichen Handel und Dienstleistungen statt. Das Baugewerbe, ein Hoffnungsträger der wirtschaftlichen Entwicklung, konnte nur einen leichten Zuwachs verzeichnen. Insgesamt reicht die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in diesem Bereich aber bei weitem nicht aus, um die Zahl der verlorengegangenen Industriearbeitsplätze zu ersetzen.

Eine Studie am Industriestandort Espenhain (August 1993) zu Unternehmensgründungsaktivitäten und Zukunftsperspektiven belegt diese charakteristischen Merkmale. Zum Zeitpunkt der Untersuchung existierten auf dem Standort 36 Unternehmen der Dienstleistungsbranche mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 790 Arbeitnehmern (maximal 89 pro Betrieb). Als Hauptproblem dieser klein- und mittelständischen Unternehmen erwiesen sich die ungeklärten Eigentumsverhältnisse am Standort, welche die finanzielle Liquidität wesentlich einschränkten. Das kam vor allem in der stark eingeschränkten Kreditwürdigkeit zum Ausdruck und beförderte die Existenzunsicherheit.

Ein anderer Wirtschaftsfaktor wird in der ökologischen Sanierung der Betriebsflächen (Tagebaue, Veredelungsanlagen, Gleis- und Transportanlagen) gesehen. Die enormen umweltschädigenden Altlasten durch Tagebaue, Deponien und Produktionsstandorte müssen gesichert, saniert und die Flächen rekultiviert werden. Zu diesem Zweck wurde die Mitteldeutsche Braunkohlestrukturförderungsgesellschaft (MBS) auf ABM-Basis gegründet. Mit der Novellierung des § 249h des AFG ist ihre Weiterexistenz zunächst bis 1997 garantiert. Ziel der MBS ist es, aus der zeitlich begrenzten Förderung durch den § 249h AFG durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder und die Privatisierung des Unternehmens Dauerarbeitsplätze zu schaffen (Kretzsch 1993).

Der enorme Arbeitsplatzabbau ging im ehemaligen Landkreis Borna im produzierenden Gewerbe vor allem zu Lasten des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes. Insbesondere die Arbeitnehmer der großen Betriebe der Kohlenindustrie waren in einem relativ kurzen Zeitraum mit dem Zusammenbruch ihrer Beschäftigungsbasis konfrontiert worden.

Ende 1990 arbeiteten von den im Landkreis Borna beschäftigten 55.400 Arbeitnehmern ca. 39.400 (71%) im Bereich Bergbau und verarbeitendes Gewerbe. Daneben existierten eine Reihe von kleineren Betrieben des Maschinenbaus (Anlagenbau), der Elektrotechnik, Nahrungsmittelindustrie

und Leichtindustrie (Lederwaren), sowie einige landwirtschaftliche Betriebe. Bis zum August 1993 ging die Anzahl der Beschäftigten in Bergbau und verarbeitendem Gewerbe des Kreises Borna auf 7.600 zurück (32% der Gesamtbeschäftigten) (Statistische Berichte 1993).

Trotz dieser massiven Freisetzungen auf dem Arbeitsmarkt seit 1990 lag die Arbeitslosenquote des Kreises Borna lange Zeit unter den Werten der anderen Nebenstellen des Arbeitsamtes Leipzig. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit verlief im Kreis Borna erst seit Beginn des Jahres 1992, also mit Auslaufen der Kurzarbeiter-0-Stunden Regelung nach dem AFG-DDR, eindeutig ungünstiger als im gesamten Arbeitsamtsbezirk Leipzig (Tabelle D im Anhang).

Massenarbeitslosigkeit stellte offensichtlich (noch) nicht das zentrale Problem auf dem Arbeitsmarkt dar. Entsprechend erscheint die Zahl von 5.506 Arbeitslosen (Dezember 1993) bei einem Arbeitsplatzabbau von ca. 32.000 allein in der Industrie vergleichsweise gering (Tabelle A im Anhang).

Dies läßt sich zum einen damit erklären, daß aufgrund des hohen Einpendleranteils nicht nur Erwerbstätige mit Wohnort im Landkreis Borna, sondern auch solche aus den angrenzenden Kreisen Grimma und Geithain sowie der Leipziger Region vom Arbeitsplatzabbau betroffen waren. Die wesentlichere Ursache ist jedoch in der Anwendung arbeitsmarktpolitischer Instrumente in neuer Ausprägung und bisher unbekanntem Umfang zu suchen. Die zeitliche Begrenztheit der Nutzung dieser Instrumente weist aber zugleich auf mögliche, künftig zu erwartende Arbeitsmarktprobleme hin.

Ein Teil der ehemals Beschäftigten war in den Vorruhestand (Verordnung vom 8.02.1990) gegangen bzw. erhielt Altersübergangsgeld (nach § 249e/f AFG bis 31.12.1992). Zahlen für den Nebenstellenbereich Borna lagen nicht vor, jedoch entsprach die Anzahl der Bezieher von Altersübergangsgeld und Vorruhestandsgeld im gesamten Arbeitsamtsbezirk Leipzig 1993 in etwa der Zahl der Arbeitslosen. Dieses Verhältnis zugrundegelegt, dürften im Kreis Borna schätzungsweise 6.000 Bezieher von Altersübergangsgeld registriert gewesen sein, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung standen. Hinzu kamen etwa 5.000 Arbeitnehmer, die über § 249h sowie ABM beschäftigt waren, und ca. 1.000 Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen.

Insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt somit schätzungsweise 18.000 Arbeitnehmer nicht mehr in regulärer Beschäftigung, sondern waren arbeitslos, im Vorruhestand oder in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eingebunden. Ohne Einbeziehung der Vorruheständler betraf dies fast ein Drittel aller ca. 40.000 (1993) Erwerbspersonen im ehemaligen Landkreis Borna.

Frauen waren besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen betrug 1993 etwa 47%, ihr Anteil an den Arbeitslosen hingegen 71%. Die bis 1989 verzeichnete hohe Frauenbeschäftigung und speziell der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Industrie konnte unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen nach 1989 nicht fortgesetzt werden. Gerade für weibliche Arbeitskräfte aus der Industrie war und bleibt ein Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt fast unmöglich. Zum einen, weil bundesdeutsche Gesetze und Verordnungen schwere körperliche und Schichtarbeit für Frauen stark einschränken. Zum anderen, weil von den einstellenden Betrieben Männer aufgrund ihrer physischen Voraussetzungen bevorzugt werden (Minx 1993).

Die oben genannten Veränderungen in der Wirtschaft führten somit zu Verdrängungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt, auf welche auch mit Verhaltensänderungen reagiert wurde. Dem Umfang des Beschäftigtenabbaus entsprechend, mußte ein großer Teil der Erwerbsfähigen relativ kurzfristig Anpassungsleistungen erbringen, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein zu können. Wirtschaftlicher Strukturbruch schlägt sich in den "gebrochenen" Erwerbsbiographien nieder.

Die Anpassung der Arbeitnehmer an neue Wirtschaftsstrukturen brachte z.B. einen Tätigkeitswechsel in eine andere Branche, einen Berufswechsel, eine Veränderung der beruflichen Stellung oder/und Position, einen Wechsel des Arbeitsortes und die Veränderung der Arbeitsbedingungen mit sich. Jede dieser Veränderungen verlangte vom Arbeitnehmer konkrete Leistungen, die vom einzelnen in unterschiedlichem Maße problematisch gesehen, teilweise aber durchaus auch als Optionen reflektiert wurden. Persönliche Aufwendungen, Engagement und Investitionen verschiedener Art waren bei Berufswechsel und räumlicher Mobilität höher als bei der Umstellung auf andere Arbeitsbedingungen, wie z.B. neue Arbeitsinhalte. Da diese Anpassungsformen in der Realität zudem aber in vielen Fällen kombiniert bewältigt werden mußten und vom einzelnen unterschiedlich erlebt werden, lassen sich keine pauschalen Einschätzungen zu Aufwand und Belastung treffen.

Für den Landkreis Borna muß davon ausgegangen werden, daß Anpassungsleistungen bisher nur einem kleinen Teil seiner Erwerbsfähigen zu einem neuen Arbeitsplatz verhelfen konnten, weil nur sehr begrenzt Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Aus diesem Grund bestanden bisherige Leistungen vielfach darin, Arbeitsmarktdefiziten auszuweichen und Arbeitslosigkeit hinauszuzögern. Effiziente Anpassungen seitens der Arbeitnehmer an die Bedingungen des regionalen Arbeitsmarktes werden erst parallel zur Tötigung von Investitionen und Innovationen möglich sein. Die fehlende Wirtschaftsperspektive erschwert den Arbeitnehmern eine Orientierung auf Anpassungsaktivitäten und demotiviert sie, dem grundlegenden Wirtschaftswandel initiativ zu

entsprechen. Dies wiederum verschärft den sozial gesehen ohnehin brisanten Bruch von individuellen Erwerbsbiographien.

## 2. Espenhain nach der Kohle - Massenentlassungen und ihre Folgen für die berufliche Tätigkeit

Um die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen Veränderungen des regionalen Arbeitsplatzangebotes aufzudecken und sowohl das Entlassungs- und Einstellungsverhalten der Betriebe als auch das soziale und Arbeitsmarktverhalten der ehemals in den Großbetrieben Beschäftigten zu untersuchen, wurde eine sozialwissenschaftliche Analyse an einem betroffenen regionsbestimmenden Industriestandort durchgeführt.<sup>8</sup>

Als Repräsentant der Wirtschaftsbranche Kohle/Chemie/Energie eignete sich das Braunkohleveredelungswerk Espenhain (BVE) besonders, da es der erste und zugleich ein strukturbestimmender Betrieb war, für den die Schließung aus ökonomischen Gründen relativ frühzeitig absehbar war. Die öffentliche Diskussion um die Belastung der Menschen und der Umwelt durch die veraltete Technologie und die verschlissenen Anlagen beförderte in der gesellschaftlichen Krisensituation 1989/90 den Stilllegungsbeschluß (vgl. Kap. IV).

Durch den Beschluß zur Stilllegung der karbochemischen Anlagen im Februar 1990 war bereits in der Phase der Konstituierung des künftigen Arbeitsmarktes mit massiven Freisetzungen von Arbeitskräften zu rechnen. Diese Überschneidung ließ eine problematische Situation erwarten. Die wirtschaftliche Neuordnung beendete für die Betroffenen die soziale Überschaubarkeit ihrer Lebenswelt (Jahoda u.a. 1975) und bewirkte einen dramatischen sozialen Bruch in der ehemaligen "Arbeitsgesellschaft".

Von den 6.000 Beschäftigten des Untersuchungsbetriebes wurde bereits innerhalb des Jahres 1990 die Hälfte abgebaut, und bis zum Juni 1992 hatten zwei Drittel den Arbeitsplatz verloren.

Für den überwiegenden Teil der Beschäftigten bedeutete die Stilllegung der Karbochemie den Verlust der Arbeit, des Lebensinhaltes. Bereits in der ersten innerbetrieblichen Auswahl der verfügbaren Arbeitnehmer für eine Weiterbeschäftigung in den nicht stillgelegten Bereichen wurde deutlich, wer Chancen hatte und wer nicht. So stand den qualifizierten "Leistungsträgern" der Verbleib im Betrieb ebenso offen, wie die Abwanderung. Kaum Berücksichtigung für die weitere Beschäftigung fanden sowohl unqualifizierte Arbeiter als auch Beschäftigte mit kurzer Dauer der Betriebszugehörigkeit und Frauen.

---

<sup>8</sup> DFG-Projekt "Arbeitsmarktentwicklung und regionale Mobilität bei Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in den neuen Bundesländern - Am Beispiel Rostock und Borna"; Universität Bremen/UFZ Leipzig-Halle Projektmitarbeiter: U. Bischoff, J. Gerdes, H. Häußermann, H. Heseler, S. Kabisch, S. Linke, H. Löser, M. Prassek, M. Osterland. 1992 bis 1994.

Das charakteristische kohlespezifische Ausbildungsprofil und ein im Vergleich zu anderen Industriebetrieben überdurchschnittlich hoher Anteil von Un- und Angelernten (1989: 13,6%, dagegen z.B. Neptun Werft Rostock: 10,7%) stellten allgemein negative Voraussetzungen für den "neuen" Arbeitsmarkt dar.

Die Spezifik der Berufsprofile ergab sich aus einem hohen Anteil an intern erlangten Facharbeiterabschlüssen bzw. zusätzlichen Abschlüssen, die außerhalb des Werkes im Prinzip wertlos waren. Aus diesem Grund waren die Arbeitsmarktchancen der Arbeitnehmer auch auf anderen regionalen Arbeitsmärkten gering. In rezessiven Wirtschaftslagen sinken aufgrund des Arbeitskräfteüberangebotes die Chancen dieser Gruppen auf einen "Jedermann"-Arbeitsplatz. Das läßt eine Abwanderung aus der Region für den Einzelnen als wenig sinnvoll erscheinen, so daß genau die Beschäftigtengruppen in der Region verbleiben (Birg u.a. 1990), die zum großen Teil erst in den letzten Jahrzehnten in den ehemaligen Landkreis zugezogen waren. Für diese hatte sich Borna auf eine Arbeitsplatzregion mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten ohne hohe Qualifikationsansprüche reduziert.

Demgegenüber werden Personen mit guter, auch in anderen Bereichen einsetzbarer Qualifikation zu potentiellen Migranten. Bei gleichbleibend ungünstiger Arbeitsmarktlage könnte sich ein großer Teil dieser Arbeitnehmer früher oder später zur Wanderung entscheiden. Dies würde zu einer erneuten qualitativen Veränderung der Sozialstruktur des ehemaligen Kreises führen. Das durchschnittliche Qualifikationsniveau würde weiter sinken und zu einem negativen Standortfaktor für Nachfolgeindustrien werden. Kann diesen sozialen Erosionstendenzen nicht entgegengewirkt werden, dann besteht für den Südraum Leipzig die Gefahr eines weiteren Image-Verlustes.

Untersuchungsergebnisse der schriftlichen Befragung der ehemaligen Beschäftigten des BV Espenhain Mitte 1992<sup>9</sup> weisen eine differenzierte Verbleibsstruktur für die Erwerbsfähigen auf dem Arbeitsmarkt aus. Viele Beschäftigte hatten frühzeitig, sobald ihnen ein neuer Arbeitsplatz zur Verfügung stand, den Betrieb verlassen. Etwa ein Drittel der ehemaligen Belegschaft des BV Espenhain war zum Untersuchungszeitpunkt wiederbeschäftigt. Die befragten Wiederbeschäftigten waren in der Mehrzahl in Klein- und Mittelbetrieben eingestellt. Etwa ein Fünftel der ehemaligen Belegschaftsangehörigen wurde durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen (ABM, Fortbildung/Umschulung), und jeder Vierte war in den Vorruhestand gegangen. Jeder Sechste ehemalige BVE-Angehörige war im Juni 1992 arbeitslos. Dies ist ein relativ hoher Anteil, wenn zum Vergleich die Arbeitslosenquote des Landkreises Borna insgesamt herangezogen wird.

---

<sup>9</sup> Die dargelegten Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf 480 auswertbare Fragebögen.

Diese Ergebnisse bestätigen zum einen, daß der Arbeitsmarkt sehr bewegt ist. Zum anderen wird das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt deutlich, welches bereits zu einer sozialen Selektion geführt hat. Auch im Espenhainer Sample hatten insbesondere Frauen und geringer Qualifizierte bei Neueinstellungen deutlich weniger Chancen.

Als Reaktion auf das Wegbrechen der traditionellen Industrien war Branchenwechsel eine weitere Anpassungsstrategie. Jeder zweite Wiederbeschäftigte des Samples war bis zum Untersuchungszeitpunkt Mitte 1992 in den Bereichen des tertiären Sektors (Handel, Dienstleistung, Verwaltung) angestellt.

In einer Reihe von Fällen war der Branchenwechsel an einen Berufswechsel gekoppelt. Die Arbeitnehmer mit ehemals branchentypischen Berufen bildeten die Gruppe mit dem höchsten Anteil von Berufswechslern. Weil die Chemie- und Bergbauberufe, wie sie im BVE ausgeübt wurden, eine spezifische Berufsorientierung darstellten (vgl. oben), war der Wiedereinstieg für entsprechende Arbeitskräfte im alten Beruf regions- und bundesweit nahezu unmöglich geworden. In der neuen Beschäftigungsstruktur spielten diese Berufe nur noch eine untergeordnete Rolle. Die deutliche Verringerung des Anteils dieser Gruppe an der Berufsstruktur betraf Frauen und Männer gleichermaßen.

Hinsichtlich des beruflichen Verbleibs dieser Arbeitnehmer wurde festgestellt, daß sie häufig in kaufmännische Berufe gewechselt hatten und vor allem im (Einzel-)Handel tätig geworden waren. Der gewachsene Anteil dienstleistender Berufe an der neuen Berufsstruktur spiegelt die festgestellten Tendenzen in der regionalen Wirtschaftsentwicklung wider - zum einen die Deindustrialisierung, zum anderen, daß ein hoher Anteil neugegründeter kleiner und mittlerer Unternehmen der Dienstleistungsbranche zuzurechnen ist (Hinz 1993).

Im Zusammenhang mit der von der Gruppe der Wiederbeschäftigten in relativ hohem Maße praktizierten beruflichen Mobilität war zu erwarten, daß Arbeitsplatzwechsel für Arbeitnehmer der Region häufig mit beruflichem Positionsverlust verbunden sein würde. Die Untersuchungsergebnisse aus dem Espenhainer Sample bestätigten dies. Nur einem relativ geringen Teil der Wiederbeschäftigten, die den Beruf gewechselt hatten, gelang im neuen Arbeitsverhältnis der Erhalt seiner ehemaligen beruflichen Position, die meisten mußten Verluste hinnehmen. Arbeitnehmer, die im alten Betrieb z.B. die Position eines Facharbeiters innehatten, waren im neuen Unternehmen häufig als un- und angelernte Arbeiter bzw. Angestellte beschäftigt.

Arbeitsmarktverhalten an neue Arbeitsmarktbedingungen anzupassen beinhaltete auch, sich mit veränderten Bedingungen im neuen Anstellungsverhältnis zu arrangieren. Die befragten Wiederbeschäftigten waren in der Mehrzahl in Klein- und Mittelbetrieben eingestellt. Sie schätzten mehr-

heitlich ein, daß die Anforderungen in der neuen Erwerbsarbeit, insbesondere die fachlichen und arbeitsinhaltlichen Anforderungen und die physische und psychische Beanspruchung, enorm gestiegen waren. Mit diesen Veränderungen waren die meisten Arbeitnehmer zufrieden.

Der überwiegende Teil der Erwerbstätigen verfügte zwar über feste Beschäftigungsverhältnisse, gleichzeitig wurden diese Arbeitsplätze aber als unsicher eingeschätzt. Befristete Stellen waren tendenziell häufiger von Frauen als von Männern besetzt.

Insgesamt belegen die Untersuchungsergebnisse von 1992, daß sich die ehemaligen Arbeitnehmer des BVE relativ flexibel zeigten. Das Arbeitsplatzdefizit in der Region war jedoch so hoch, daß aktives Arbeitsmarktverhalten nur bei einem vergleichsweise kleinen Teil der Arbeitnehmer zum Erfolg führen konnte und zielgerichtete Anpassungsleistungen nur in geringem Umfang möglich waren.

Auch fünf Jahre nach Beginn der wirtschaftlichen Umstrukturierung bietet der regionale Arbeitsmarkt noch keine nennenswerten Beschäftigungsperspektiven. Wenn es in naher Zukunft nicht gelingt, das Arbeitsplatzdefizit durch Ansiedlung von Nachfolgeindustrien deutlich zu vermindern, werden sich die Ungleichgewichte auf beruflichen Teilarbeitsmärkten verstärken und der Umfang der Unterbeschäftigung, insbesondere auch der Langzeit- und Dauerarbeitslosigkeit, wird sich erhöhen. In der Folge kann die Zunahme sozialer Segregationserscheinungen, wie z.B. Abhängigkeit immer größerer Gruppen von staatlichen Zuwendungen, Abdrängung in minderwertige Wohnungen bis hin zur Obdachlosigkeit und soziale Isolierung, nicht ausgeschlossen werden.

#### **IV. Soziale, politische und ökologische Konflikte im Zuge von Industrialisierung und Deindustrialisierung**

##### 1. Früher Umweltprotest gegen Großtechnik und Naturzerstörung (1920er Jahre bis 1945)

Der Konflikt um die Kohle in der Leipziger Region datiert vom Beginn des großindustriellen Abbaus der Braunkohle Mitte der 20er Jahre. Als 1925/26 vom größten sächsischen Elektrokonzern, der "Aktiengesellschaft Sächsische Werke" (ASW), mit Mitteln aus dem Dawes-Plan die Brikett-Fabrik und das damals weltweit größte Kraftwerk in Böhlen errichtet wurden, liefen zunächst die kleineren Bergbau- und Energieunternehmen der Region Sturm dagegen. Im Zentrum der Kritik stand dabei vor allem das Zusammenspiel von Elektronunternehmen, Finanzkapital und sächsischem Staat, das die Chancen der kleinen regionalen Unternehmen radikal beschneidet. Die regionalen Kräfte unterlagen in diesem Konflikt, was die Zerstörung kleingewerblicher und die Durchsetzung großindustrieller Strukturen begünstigte. Die Region geriet damit in die Abhängigkeit sächsischer Großunternehmen und wurde zunehmend von außen gesteuert. Dem diente insbesondere die Gründung der "Landesplanung für das westsächsische Braunkohlengebiet", die die Flächennutzung regulierte und u.a. die Ansiedlung konkurrierender Industrien verneinte und dadurch schon 1928 die kohlewirtschaftliche Monostruktur in der Raumplanung festschrieb (Hönsch 1992, S. 593 f.).

Der Protest der Bevölkerung gegen den Braunkohlenabbau entzündete sich aber schon, als 1922/23 bekannt wurde, daß der Harth-Wald, eine "grüne Lunge" südlich von Leipzig, abgebaggert werden sollte. Es war vorwiegend die Bevölkerung aus dem nahegelegenen Leipzig, die dagegen protestierte. Den Unwillen der Leipziger machten sich in erster Linie die regionalen Kohleunternehmen und mit ihnen die Deutschnationale Volkspartei zunutze, die für das "Volkswohl" und gegen die "staatssozialistischen Pläne" der Republik stritt. Ein "Verein zur Erhaltung der Harth" konnte über 3.000 Leipziger Bürger gewinnen und Tausende zu Protesten mobilisieren. Dadurch kam es zu einer Vermischung von wirtschaftlichen einerseits und Natur- bzw. Heimatschutzinteressen auf der anderen Seite. Möglicherweise war es auch der unmittelbaren politischen Instrumentalisierung dieses frühen Umweltprotestes geschuldet, daß das gleichzeitig geplante Abbaggern von 15 Dörfern des Bornaer Landes außerhalb des Blickwinkels blieb (vgl. die Schilderung in: Heydick 1990). Der Protest der Leipziger war dem bürgerlichen Heimatschutz verhaftet, in welchem die Zerstörung der Natur durch die Industrie nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt wurde (wie zu dieser Zeit etwa noch von den Naturschützern), sondern nur die Zerstörung "erhaltenswerter Biotop". Folglich stand nicht der Kohlenabbau als solcher zur Disposition, sondern nur das geplante Abbaggern des Auewald-Biotops.

Der Kampf endete im Sommer 1927 mit einem Vertrag zwischen den "Sächsischen Werken" einerseits, dem "Zweckverband Groß-Leipzig" und dem "Verein zur Erhaltung der Harth" andererseits. Danach sollte die Nordharth im Umfang von etwa 400 ha auf fünfzig Jahre als Naturschutzpark erhalten bleiben. Inzwischen sollten "für die auszukohlende Südharth vom Sächsischen Staat Ankäufe und Aufforstungen vorgenommen (werden), und zwar entsprechend den Wünschen der Stadt in der Nähe von Stadtteilen, die mit Grün zurzeit unzureichend bedacht sind" (Rat der Stadt Leipzig 1928, S. 57). Dadurch wurden die geplanten Abaggerungen zeitlich nach hinten verschoben. Ende der 20er Jahre bestand im Bornaer Revier erstmalig das Problem einer Ortsverlegung, der Ort Rusendorf fiel der Kohle zum Opfer und wurde in den Jahren 1929 - 31 abgerissen. 103 Bauern und Bergarbeiter erhielten einen neuen Wohnstandort. Zehn Jahre später räumten die Bagger den Ort Zeschwitz beiseite. Von der Harth wurde zunächst nur ein Teil abgebagert. In den Jahren zwischen 1939 und 1943 - also wie schon das Sächsische Kohleregale<sup>10</sup> ebenfalls während des Krieges - wurden der ASW für die Tagebaue Böhlen und Espenhain Abbau-Felder übertragen, die erstmalig geschlossene Ortschaften und Verkehrsbänder einschlossen (Hönsch 1992, S. 594 f.). Darunter befanden sich auch Teile der unter Naturschutz stehenden Nordharth. Die vertragliche Bindung über die Schaffung von neuem Grün als Ersatz für den Wald wurde möglicherweise schon im Krieg, spätestens aber nach Kriegsende ebenfalls obsolet.

Schon für diesen ersten Konflikt war es kennzeichnend, daß sich regionale Akteure einerseits (kleine Firmen, Bürgervereine, Interessengruppen und lokale Parteigliederungen) und überregionale Akteure andererseits (der sächsische Staat, die großen Elektrokonzerne und das Finanzkapital - insbesondere auch das amerikanische) gegenüberstanden. Wohlberechneten strategischen Interessen mächtiger Akteure standen eher disparate und partikuläre Regionalinteressen gegenüber.

Eine zweite Welle des Widerstands gegen die Kohle im Südraum gab es in den 30er Jahren, als in Böhlen und Espenhain mit den großen Kohleverarbeitungskomplexen (Schwelereien, Kraftwerke, Brikettfabriken) und der Böhleener Benzingewinnungsanlage der BraBAG (nach Leuna der zweitgrößte Treibstoffproduzent) industrielle Großstrukturen entstanden und die Umweltbelastungen und Naturzerstörungen neue Dimensionen annahmen. Ab 1936 kam es zu massiven Beschwerden seitens der Bevölkerung über "Geruchs- und Staubbelästigungen". Unter den Emissionen des Böhleener Industriekomplexes litten neben den Einwohnern von Böhlen vor allem die von Rötha, das ca. 3 km entfernt in Hauptwindrichtung lag. Die Gemeinde führte seit 1935 einen aussichtslosen Kampf gegen die ASW und die BraBAG. Dem wurde durch eine rigide Auslegung der rechtlichen Bestimmungen aber ein Riegel vorgeschoben. Schadenersatzforderungen hatten nur

---

<sup>10</sup> Mit dem Sächsischen Kohleregale wurden 1918 kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges das Kohlenunterirdische verstaatlicht. Die Eigentums- und Behauungsverhältnisse der Oberfläche blieben davon aber unberührt.

dann eine Chance, wenn die Belastungen zu nachweisbaren materiellen Schäden führten und das "ortsübliche Maß" überschritten. Dieses "ortsübliche Maß" wurde in einem Grundsatzurteil des Reichsgerichts aus dem Jahre 1936 in einem anderen Prozeß zugunsten des Leuna-Werkes ausgelegt, in Industriegebieten mußten demzufolge industrielle Einwirkungen (Lärm, Staub, Abgase etc.) als ortsüblich geduldet werden (Hönsch 1992, S. 597). Bemerkenswert ist, daß dabei Naturschutzerwägungen entgegen dem von den Nationalsozialisten propagierten Blut-und-Boden-Mythos völlig in den Hintergrund traten.

Mit den neuen Anlagen wurde die Kohle zum beherrschenden Arbeitgeber in der Region, was in dieser eine enorme soziale Umschichtung bewirkte und mit der angestammten bäuerlichen Bevölkerung einen entscheidenden Widersacher der Industrialisierung mehr und mehr an den Rand drängte. Die Nationalsozialisten verfügten nicht nur über das Gewaltmonopol, sondern mit den neuen Belegschaften auch über willfährige Getreue, die für eine steigende Akzeptanz der Kohle sorgten.

## 2. Der Protest gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung im Zeichen von Opposition und Widerstand in der DDR

Aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als viele Betriebe der Region in SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaft) umgewandelt wurden, sowie aus den 50er Jahren, als die Dimensionen der Naturzerstörung und -verschmutzung durch den massiven Ausbau der Kohlenförderung langsam wuchsen, sind keine öffentlichen Widerstands- oder Protestaktivitäten bekannt. Das spricht jedoch keineswegs für eine volle Akzeptanz der Kohle bei der Bevölkerung, vielmehr wurde sie in der Notsituation nach dem Zweiten Weltkrieg als notwendiges Übel hingenommen. Aus der Zeit Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre, als die Umweltbelastungen enorm anstiegen (und auch Beachtung seitens der Wissenschaft fanden; Schmidt 1955/56), sind dann auch wieder Bittschriften und Petitionen einzelner Bewohner der unmittelbar betroffenen Gemeinden überliefert, ähnlich denen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Nach den ersten Abaggerungen in den 20er und 30er Jahren setzte nach dem Zweiten Weltkrieg ein "modernes Dorfsterben" in der Region ein (Barthel 1960, S. 348). In keinem anderen deutschen Braunkohlenrevier war in den 50er und 60er Jahren die Zunahme der Ortsverlegungen so rasch und ihre Zahl so hoch wie im Borna-Meuselwitzer Revier. Allein bis Ende der 50er Jahre wurden 10 Orte mit ca. 5.600 Einwohnern devastiert. Bevorzugte Ersatzstandorte waren die ehemalige Kreisstadt Borna sowie (Siedlungs)Dörfer und Kleinstädte wie Rötha, Böhlen, Kitzscher, Regis-Breitingen, Markkleeberg und Leipzig selbst. Keines der Dörfer wurde an

anderer Stelle als selbständige Gemeinde wiederaufgebaut, vielmehr wurde die Methode der "Gruppen- und Einzelumlegung" angewandt (Barthel 1960, S. 349 f.). Abgebaggert wurden vorzugsweise die kleineren Gemeinden in der Größenordnung bis unter 500 Einwohner (20 von 27 Gemeinden), erst in den 80er Jahren waren mit Magdeborn (ca. 3.000 Einwohner) und Eythra größere Orte betroffen. Insgesamt fielen im Südraum rund 70 Ortschaften der Kohle zum Opfer<sup>11</sup>.

In den 80er Jahren wurde Ersatzwohnraum vorwiegend in den Neubaugebieten von Leipzig geschaffen. Den betroffenen Umsiedlern wurde damit ein völliger Bruch mit ihrer Lebensweise und ihrem sozialen Umfeld zugemutet. Etwa ein Drittel von ihnen nahm dieses Angebot nicht mehr an und suchte sich Alternativen (Migration bzw. Hausbau in der Region Leipzig). Auch ein Teil der übrigen Umsiedler zeigte sich nun (im Vergleich zu vorangegangenen Umsiedlungen) deutlich unzufriedener und kritischer. Ein Ministerratsbeschluß über den sogenannten Naturalersatz (Bereitstellung von Eigenheimen in einer ländlich geprägten Gegend) suchte dieses Problem zu mildern. Dieser Beschluß konnte jedoch infolge mangelnder Ressourcen nur punktuell umgesetzt werden.

Das Ergebnis der Devastierungen war die Ausdünnung der Siedlungsstruktur, die Konzentration der Bevölkerung in Städten und Siedlungen (85% der Bevölkerung des Kreises leben in Städten sowie in stark urbanisierten Industrie- und Wohngemeinden) sowie die Zerstörung gewachsener, traditioneller Sozialstrukturen, insbesondere der agrarischen Bevölkerung, die fast verschwunden ist. Einer für Landkreise nur durchschnittlichen Siedlungsdichte steht eine untypisch hohe Bevölkerungsdichte gegenüber. Im Zusammenhang mit dem durch die Industrieentwicklung ausgelösten Zuzug bewirkte das einen außerordentlich raschen Wandel in der Struktur und Mentalität der Bevölkerung, was letztlich die Gegner der Kohle schwächte (Hofmann, Rink 1993).

Eine andere Wirkung ist auch der Verschleiß der Wohnsubstanz. Der Kreis mußte für den Kohleersatzbau selbst aufkommen, d.h. er erhielt keine staatlichen Zuschüsse. Dadurch kam es zur Bildung starker Disparitäten innerhalb des Kreises. Während im Ostteil des Kreises, in der Nähe der großen Industriestandorte, (in Borna, Kitzscher und Espenhain) Neubauten mit entsprechender Infrastruktur entstanden, verfiel die ältere Wohnsubstanz insbesondere in den Orten im westlichen Teil des Kreises sehr stark. Von religiös bzw. traditionsverwurzelten Menschen der Region, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, wurde diese Entwicklung als Zerstörung und Verlust beklagt, ihre Stimmen drangen freilich nicht durch.

In den 70er und 80er Jahren avancierte "die Kohle" mit der Aufhebung der in den 60er Jahren ausgearbeiteten Stilllegungspläne für die Karbochemie zum größten Luft-, Boden- und Wasserver-

---

<sup>11</sup> Infolge von Eingemeindungen und mehrfachen Gebietsreformen war die genaue Zahl der im hier vorrangig betrachteten Kreis Borna abgebaggerten Ortschaften nicht mehr exakt zu ermitteln.

schmutzer der Region. Auch der Kohlenabbau nahm gegen Ende der 70er Jahre neue Dimensionen an (Schwartau 1985 und 1987; Abb. 1 im Anhang). Diese "Renaissance der Braunkohle" veränderte das Gesicht des Bornaer Landes schneller und tiefgreifender als je zuvor. Das rief schließlich Widerstandskräfte auf den Plan, Anfang der 80er Jahre entstanden die ersten unabhängigen Umweltgruppen in Leipzig. Die "Wende" in der Energiepolitik der DDR und der damit verbundene verstärkte Abbau der Braunkohle bzw. deren Verarbeitung in der eigenen Region war aber zunächst kein Thema für die Leipziger Umweltbewegten. Die Braunkohle wurde von ihnen lange Zeit als notwendiges Übel angesehen und die Energiepolitik der SED nicht grundsätzlich in Frage gestellt (ähnlich wie in den 20er Jahren). Vielmehr wurde auf eine Begrenzung und Mäßigung der ökologischen Folgen hingewirkt (durch die Sanierung der karbochemischen Anlagen, Energiesparmaßnahmen usw.).

Der Widerstand gegen die katastrophalen Folgen der Braunkohle regte sich zuerst in den von der Karbochemie am schwersten betroffenen Gemeinden im Südraum selbst. Seit 1983 wurden in Mölbis, einem in unmittelbarer Nähe und in Hauptwindrichtung zum Espenhainer Werk gelegenen Dorf, Umweltgottesdienste unter dem Motto "In Mölbis hat unsere Zukunft schon begonnen" veranstaltet. Kurz danach gründeten dort Menschen aus christlichen Kreisen heraus das Christliche Umweltseminar Rötha (CUR). Hier standen von Anfang an die Umweltprobleme in der Region im Mittelpunkt der thematischen Arbeit der ca. 15 Mitglieder dieser Gruppe. Von da an wurden alljährlich die Umwelttage des Kirchenkreises Borna und die "Umwelttage in Mölbis" veranstaltet. Der realsozialistische Staat reagierte mit massivem Druck auf die Kirchenleitung und umfassender Bespitzelung durch die Staatssicherheit. Da sich der Widerstand schon nicht mehr vollständig unterdrücken ließ, konzentrierte man sich auf Schadensbegrenzung. Vorrangiges Ziel war es, das Übergreifen der Proteste auf andere Teile der Bevölkerung (insbesondere die Belegschaft der Werke von Espenhain und Böhlen) zu verhindern (Bürgerkomitee Leipzig 1991, S. 307 ff.).

Die Karbochemie wurde zum Kristallisationspunkt des Konflikts. Ein 1985 verabschiedeter Beschluß des Ministerrates der DDR zur technischen Rekonstruktion der karbochemischen Anlagen von Böhlen und Espenhain konnte infolge Ressourcenmangels nicht mehr durchgesetzt werden. Selbst die normale Produktion wurde nur noch mit Ausnahmegenehmigungen aufrecht erhalten. Der ehemalige Landkreis Borna entwickelte sich dadurch zu einer der am schwersten belasteten Regionen in der DDR. Die Folgen waren in den 80er Jahren u.a. eine Vervierfachung der Atemwegserkrankungen und eine 27%ige Zunahme von Hautekzemen bei Kindern sowie eine im DDR-Vergleich um 4% höhere Sterberate (dies wurde erst nach 1989 durch ein Ärztegutachten bekannt; LVZ, Lokalteil Borna 17./18.2.1990, S. 8; Institut für Umweltschutz 1990).

Auch ohne die genaue Kenntnis der gesundheitlichen Folgen der Umweltbelastungen waren diese in der Region in den 80er Jahren immer stärker spürbar. Daher mehrten sich Ende der 80er Jahre die Proteste und bekamen die Aktionen der Umweltschützer trotz der Pressionen Zulauf aus der einheimischen Bevölkerung. Die Beteiligung beispielsweise an den Umweltgottesdiensten stieg auf bis zu 1.000 Menschen, die vorwiegend aus der Region selbst kamen, vor allem aus den Orten um das Braunkohleveredlungswerk Espenhain. 1987 wurde aus diesen Oppositionskreisen die Forderung nach einer republikweiten Initiative ähnlich der 750-Jahrfeier in Berlin zur Sanierung von Espenhain laut. War die Existenz des Ortes Mölbis durch den anrückenden Tagebau und das nahegelegene Werk Espenhain ohnehin unsicher, so wurde sie durch diese Proteste noch stärker gefährdet. Auf eine Eingabe an den Staatsrat aus dem Ort, in der die Umweltsituation in Mölbis mit Auschwitz verglichen wurde, reagierte der Staat mit drakonischen Maßnahmen: Per Ministerratsbeschluss wurde 1988 der Abriß und das Abbaggern des Dorfes Mölbis dekretiert: bis 1992 sollten alle Bewohner aus dem unmittelbar betroffenen Gebiet ausgesiedelt werden.

Unbeeindruckt davon startete das Röthaer Umweltseminar gemeinsam mit den sächsischen Umweltgruppen 1988 die Aktion "Eine Mark für Espenhain". Hier wurden vor allem eine moderne Umwelttechnologie und die Einhaltung der Grenzwerte angemahnt und symbolisch Geld für die Rekonstruktion von Espenhain gesammelt. Im Aufruf dazu wurde die Umweltsanierung nicht mehr als isoliertes Problem gesehen, sondern in einen engen Zusammenhang mit den Forderungen nach einer demokratischen Umgestaltung der DDR-Gesellschaft gerückt (Israel 1991, S. 178). Aber auch hier stand (wie schon bei den Protesten in den 20er Jahren) die Umweltverschmutzung durch die Karbochemie im Zentrum, die zunehmende Zerstörung der Landschaft durch den Kohlenabbau spielte zu dieser Zeit (noch) keine Rolle. Die begrenzte Sicht auf die wesentlichen Probleme stand jedoch einer zunehmenden Politisierung des Konflikts nicht im Wege.

Diese Unterschriften-/Geldsammlung sollte zu einer der größten Umweltaktionen in der DDR werden: "Eine Willensbekundung dieser Art und dieser Größenordnung hatte es bis dahin in der DDR nicht gegeben" (ebd.). Bis zum Sommer 1989 hatten über 21.000 den Aufruf "Eine Mark für Espenhain" unterschrieben (Bürgerkomitee Leipzig 1991, S. 318), im Sommer 1990, dem Ende der Aktion waren es schließlich etwa 80.000 (ebd., S. 152). Dies war eine der wenigen Aktionen, wo es den Umweltgruppen gelang, größere Öffentlichkeit herzustellen und Bevölkerungskreise außerhalb der Kirche zu erreichen.

Seit 1987 gab es Gespräche der Gruppen mit Vertretern des Kohle- und Energie-Ministeriums der DDR. Mit konkreten Aktionen machten die Gruppen zunehmend gegen die ökologischen Schäden der Braunkohlenindustrie mobil. 1988 und 1989 fanden in Leipzig Proteste gegen die Verschmutzung der durch Leipzig fließenden Pleiße ("Pleiße-Gedenkmärsche") statt, sie richteten

sich gegen die Karbochemie als dem größten Verschmutzer des Flusses. In diesem Prozeß erfolgte schrittweise der Übergang von traditionellen Formen des Natur- bzw. Heimatschutzes zu Ansätzen einer politischen Ökologie. Die Staatssicherheit konnte zwar die Aktionen der Gruppen nicht mehr verhindern, sie achtete aber penibel darauf, daß die Kohlearbeiter nicht aktiviert und der Protest nicht in die Werke und Gruben getragen wurde. War die soziale und räumliche Distanz zwischen den Umweltgruppen (vor allem den Leipzigern) und den Kohlearbeitern sowieso schon groß, so sorgte die Staatssicherheit für die nahezu vollständige Abschottung dieser beiden Milieus voneinander und folgte dabei dem alten Prinzip "teile und herrsche".

### 3. Der Konflikt um die Kohle während der Wendeereignisse 1989/90 und unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen

An einem der entscheidenden Ereignisse des 1989er Herbstes, der Montagsdemonstration vom 9. Oktober, standen sich dann Arbeiter aus dem Bornaer Revier und Leipziger Bürgerbewegte direkt gegenüber (freilich ohne daß sie davon wußten): Die Staatssicherheit hatte u.a. drei Hundertschaften Kampfgruppen aus Espenhain für den Einsatz gegen die Demonstranten herangezogen. Bei der Motivierung eines Teils der Arbeiter konnte die Staatssicherheit an deren Unkenntnis und Ressentiments gegenüber anderen sozialen Milieus anknüpfen und damit operieren. So wurden die Demonstranten als "wildgewordene Spinner" hingestellt, die man wieder zu Ruhe und Ordnung rufen müsse. Zur Ehre der Espenhainer muß man allerdings sagen, daß sie sich nur in begrenztem Maße für diesen Einsatz motivieren ließen, etwa 1/3 von ihnen verweigerte den Befehl (Selitrenny 1991, S. 133). In symbolischer Weise nahm diese Konfrontation die späteren Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und Gegnern der Kohle vorweg.

Im Herbst 1989 wurde der schon lange zwischen der Staatsmacht und den Ökologiegruppen schwelende Konflikt um die Kohle endlich öffentlich ausgetragen. Eines der ersten Plakate auf der Leipziger Montagsdemonstration forderte "Ökologie vor Ökonomie". Ökologische Themen gehörten für eine kurze Zeit zum festen Repertoire auf der Demonstration, insbesondere auch die ökologischen Probleme infolge der Kohlenförderung und -verarbeitung (Luft- und Wasserverschmutzung) tauchten in der Folgezeit immer häufiger auf Plakaten auf. Am 30. Oktober wurde der Konflikt um die Karbochemie von Umweltgruppen auf der durch die Montagsdemonstrationen geschaffenen politischen Öffentlichkeit thematisiert: "In Espenhain die Filter rein, die Luft soll wieder sauber sein!". Der Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument in der Folgezeit mehr und mehr beraubt, mußten sich die Herrschenden nun dieser Thematik offen

stellen, um "diese Probleme nicht anderen Kräften zu überlassen" und "zum Boden für oppositionelle Bestrebungen" werden zu lassen (Kosing 1989).

Auf der Montagsdemonstration jedoch wurden schon wenige Wochen später die harmlosen Reime von radikaleren Tönen abgelöst und kam es zu einer Zuspitzung dieses Konflikts. Am 27. November 1989 hieß es etwa: "Umweltsünder Espenhain darf nicht unsere Zukunft sein" oder noch deutlicher: "Espenhain muß sterben, denn wir wollen leben!". Gleichsam als Antwort darauf erschien ein anderes Plakat auf der gleichen Demonstration: "15.000 Bürger in Rötha und Böhlen (Wohnorte der Kohlearbeiter) bleiben auf der Strecke!" (DeMONTAGEbuch 1990, S. 129). Damit brach die Konfliktlinie zwischen Leipziger Umweltschützern und den in der Region angesiedelten (wiewohl zentral gesteuerten) Kohleunternehmen und ihren Beschäftigten offen auf. Unterstützt wurden die Forderungen der Umweltgruppen von Vertretern westlicher Medien, die in Reportagen ein düsteres Bild der Region zeichneten und die Industrie- und Umweltpolitik der DDR-Führung scharf anprangerten.

Die ökologische Situation in Leipzig, die "Luft der Leipziger", war dann auch zentraler Gegenstand der ersten öffentlichen Dialogveranstaltungen (und nicht etwa die Umweltzerstörung im Südraum oder dessen Strukturprobleme). Dabei kam es zu einer direkten und offenen Konfrontation von Vertretern der Umweltgruppen und dem zuständigen Minister für Kohle und Energie. Die Vertreter der Umweltgruppen forderten mit Vehemenz die schnellstmögliche Stilllegung der Kohleverarbeitungsanlagen, die drastische Senkung des Kohlenabbaus und ein neues Energiekonzept, um der Zerstörung der Umwelt Einhalt zu gebieten. Der Minister stellte Sanierungsmaßnahmen zur Senkung der Emissionswerte um 30% bis 1994/95 in Aussicht, den Fragen nach einem neuen Energiekonzept blieb er eine Antwort schuldig (Die Union vom 14.11.1989, S. 6). In den "Leipziger Postulaten", einer Zusammenfassung von Positionen der Dialogveranstaltungen, wurden dann Ende 1989 die Diskussion und ein Runder Tisch über die Zukunft der Braunkohle in der Leipziger Region gefordert.

Parallel zu diesen regionalen Aktivitäten war Ende November von der Regierung Modrow eine Regierungskommission zur Untersuchung der Umweltsituation in der Region Halle-Leipzig gebildet worden, die sich speziell auch mit der Situation im Südraum Leipzig beschäftigte. Bereits Anfang Januar 1990 beriet dann auch ein "Runder Tisch Energie, Stoffwirtschaft und Ökologie" des Bezirkes Leipzig unter maßgeblicher Beteiligung der Leipziger Umweltgruppen und Bürgerbewegungen über die Perspektiven des Braunkohlenabbaus und der braunkohleverarbeitenden Industrie in der Gesamtregion. Mit Nachdruck forderten die Vertreter der damaligen Bürgerbewegungen

den Stop der Kohlebagger vor den Toren von Leipzig und die sofortige Stilllegung aller kohleverarbeitenden Anlagen im Südraum<sup>12</sup>.

Mit der Veröffentlichung von Ergebnissen des von der Regierungskommission in Auftrag gegebenen Ärztgutachtens über die Gesundheitsrisiken in der Region wurde schließlich die Entscheidung über die Karbochemie herbeigeführt. Mit den Stimmen der Arbeiter und der Bürgerbewegungen und gegen das Votum von Regierungs- und Werksvertretern beschloß die Regierungskommission eine Empfehlung zur Stilllegung der Schwelanlagen von Espenhain und Böhlen bis Ende 1991. Unter Handlungsdruck geraten, folgte die Modrow-Regierung dieser Empfehlung. Damit konnten die regionalen Akteure erstmals in der Geschichte dieses Konflikts ihre Interessen durchsetzen.

Nachdem die Entscheidung über die Karbochemie gefallen war, nahm der Konflikt in der Region eine neue Wendung: nun geriet der Kohlenabbau zunehmend ins Zentrum der öffentlichen Diskussion und der Aktivitäten der Bürgerbewegungen. Letztere forderten eine drastische Reduzierung der Fördermenge und die Stilllegung von Tagebauen.

Ende Januar 1990 beschloß der Zentrale Runde Tisch unter dem Stichwort "ökologischer Umbau" die Einführung von Filteranlagen und den Beginn von Sanierungsmaßnahmen in hoch belasteten Gebieten. Für die Energiepolitik forderte er die Aufhebung der staatlichen Stützungen für Elektroenergie und Gas sowie den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle (Ergebnisse der 10. Sitzung des Rundtischgesprächs, in: Herles, Rose 1990, S. 92 ff.). In den weiteren Beratungen wurde an die Regierung die Forderung gestellt, die Braunkohlenkombinate verbindlich zu beauftragen, "bis zur endgültigen Entscheidung über die weitere Entwicklung der Braunkohlentagebaue ... alle Maßnahmen, die unmittelbar auf die Devastierung von Gemeinden, Ortslagen und landwirtschaftlicher Nutzfläche gerichtet sind, mit sofortiger Wirkung einzustellen" (Herles, Rose 1990, S. 181). Das implizierte die Forderung nach einer sofortigen weitflächigen Stilllegung des Braunkohlenbergbaus. Nicht von ungefähr kam dann auch die soziale Dimension dessen in einer Nachbesserung in den Blick: "Bei notwendigen Stilllegungen sind durch die Regierung und die Kommunen territoriale Sozialprogramme auszuarbeiten, um den Betroffenen eine soziale Perspektive zu geben" (ebd., S. 217)<sup>13</sup>.

---

<sup>12</sup> In ähnlicher Richtung wirkte der "Runde Umwelttisch" des Kreises Borna und andere Runde Tische, die hier nicht im einzelnen aufgeführt werden können.

<sup>13</sup> Auf regionaler Ebene fanden Foren statt, wie etwa die Umweltkonferenz des Kreises Borna im Februar 1990, die sich mit der Stilllegung der Karbochemie und der Umstrukturierung der Wirtschaft in der Region befaßte. Vertreter der Grünen Partei kritisierten hier, daß die "Wirtschaftsstruktur des Kreises Borna der eines Entwicklungslandes gleicht" und beanspruchten den Status eines ökologischen Notstandsgebietes. Sie forderten Infrastrukturmaßnahmen, Altlastensanierung und die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen. Neben der

Im Frühjahr 1990 bildeten sich gleichsam als "zweite Welle" der Bewegungen eine Reihe von Bürgerinitiativen, die sich der Erhaltung von Ortschaften, der Sanierung von Tagebauen und ähnlichen Themen widmeten. In dieser Phase der Wende waren die Bürgerbewegungen und -initiativen die durchsetzungsfähigsten Akteure in diesem Konflikt, sie konnten mit ihren ökologischen Forderungen entscheidende Durchbrüche gegenüber der zurückweichenden bzw. sich auflösenden Staatsmacht erreichen. Allerdings konnte das kurzzeitige spontane Bündnis zwischen Arbeitern und Bürgerbewegten auch nicht fortgeführt werden, da Erstere ihre ökonomischen Interessen in den ökologischen Konzepten nicht berücksichtigt fanden.

Es bedurfte aber wieder der Macht der Straße, um die vereinbarten Reduzierungen des Braunkohlenbergbaus auch durchzusetzen. Auf Initiative der Bürgerbewegungen demonstrierten im April 1990 über 10.000 Leipziger (ähnlich wie in den 20er Jahren) mit Sternmärschen zu den Tagebauen im Süden der Stadt, um das Vorrücken der Kohlebagger auf den Auewald zu verhindern. Mit einer einstweiligen Verfügung erreichte der Vertreter des Neuen Forums im provisorischen Stadtrat den Stop für den Tagebau Cospuden (zum Cospuden-Konflikt: Mühlenberg 1990). Der noch existente Rat des Bezirkes beschloß kurz darauf nach massiven Protesten der Einwohner von Dörfern nördlich von Leipzig die einstweilige Einstellung des Abbaus in den Tagebauen des Kreises Delitzsch. Mit diesen Aktionen und den ihnen folgenden einschneidenden Maßnahmen in der Kohle - dem Stop für den Weiterbetrieb der Tagebaue Delitzsch-Südwest und Cospuden - erfuhr der Konflikt seinen Höhepunkt. Dem folgten weitere Schließungen und Stilllegungen (siehe oben) - ein Kapitel in der Industriegeschichte der Region ging zu Ende. Für kurze Zeit hatte es gar den Anschein, als würde der Braunkohlenbergbau im Revier vollständig auslaufen (Das Revier verabschiedet sich, LVZ vom 9.3.1991).

Die Umweltbewegung unter dem Dach der Kirche, aber auch die Bürgerbewegungen sehen diese Entwicklung (namentlich die Stilllegung der Espenhainer Schwelerei) vor allem als Erfolg ihrer Aktivitäten (Israel 1991, S. 166). Dem kann man allerdings nur eingeschränkt zustimmen. Das schnelle Ende der Karbochemie war eine unmittelbare Folge der im Frühjahr 1990 einsetzenden offenen Strukturkrise der ostdeutschen Industrie. Den Bewegungen kommt freilich das Verdienst zu, diesen Konflikt schon zu DDR-Zeiten politisiert und schließlich in der Zeit der Wendeereignisse grundsätzliche Entscheidungen herbeigeführt zu haben. Die Konsequenzen bleiben allerdings ambivalent. Einerseits verbesserten sich die Umweltbedingungen in der Region hinsichtlich der Belastung von Luft (bei Staub, Kohlendioxid und Schwefelverbindungen) und Fließgewässer, andererseits droht jetzt eine soziale Katastrophe.

---

Umweltsituation war hier die soziale Frage zentrales Thema und kreiste die Diskussion um mögliche Nachfolgeindustrien für die Region.

Die soziale Dimension der ökologischen Problematik wurde von den Umwelt- und Bürgerbewegungen erst relativ spät thematisiert. Zum Teil lag das an der unvorhergesehenen Rasanz der Ereignisse, zum Teil an der weitgehenden Unkenntnis der Folgen dieser Entwicklung für die Kohlearbeiter. Der Konflikt um die Kohle konnte von den Bewegungen in dieser Phase deswegen so (einseitig) forciert werden, weil sich das Konfliktfeld mit dem Verschwinden der alten Staatsmacht radikal veränderte und sie vorerst in ein Machtvakuum stießen.

Der Übergang zur neuen Gesellschaft war fließend. Noch unter der de Maiziere-Regierung begannen Verhandlungen mit bundesdeutschen Elektrokonzernen über die Neuordnung der DDR-Energiewirtschaft (Mez, Jänicke, Pöschk 1991, S. 150 ff.), die das Konfliktfeld schon 1990 gravierend verändern sollten. Mit den neuen Gewerkschaften (insbesondere der IGBE) und den aus der staatlichen Vormundschaft entlassenen Kommunen entstanden dann neue Akteure in dem Konflikt um die Kohle. Durch die Kommunalwahlen im Mai 1990 wurde ein Vertreter aus dem Röthaer Umweltseminar Landrat von Borna. Zusammen mit den Bürgermeistern aus betroffenen Gemeinden machte er Front gegen die weiteren Abbaupläne und provozierte damit im Herbst 1990 eine neuerliche Debatte um die Kohle.

Mit der Umfunktionierung der Treuhand in eine Holding der ehemaligen volkseigenen Betriebe und der Rekonstituierung der Länder erhielt das Konfliktfeld schließlich seine heutige Gestalt. Die aus dem ehemaligen Braunkohlenkombinat des Halle/Leipziger Kohlenreviers hervorgegangene Mibrag entwickelte in ihrem Überlebenskampf eine Strategie, die 1. auf die Sanierung des Unternehmens mittels Rationalisierung und Konzentration auf wenige Standorte zielt (und u.a. Massenentlassungen beinhaltet, s.o.), 2. eine langfristige Stabilisierung des Unternehmens durch feste Lieferverträge ("eine Ehe zwischen der großen Stromwirtschaft und der Braunkohle" Mibrag-Vertreter in der LVZ vom 22./23.12.1990) anstrebt und 3. unterstützende Wirtschaftskonzepte der Landesregierungen umfaßt.

Schwieriger als die Rationalisierung und Modernisierung der Produktion war die Verankerung des Braunkohlenabbaus in den Energiekonzepten der neuen Landesregierungen, um den Absatz auch langfristig zu sichern. Denn der Energieverbrauch in den neuen Ländern war seit dem Herbst 1989 drastisch gesunken, und es mußte zunächst von einem weiteren Rückgang ausgegangen werden. Die Gewerkschaften wie die Betriebsräte haben sich dem Arbeitsplatzargument der Mibrag unbescheiden angeschlossen, obwohl nach Abschluß der anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen vom "größten Arbeitgeber der Region" nicht mehr viel übrig sein dürfte (im ehemaligen Landkreis Borna bleiben etwa 1.500 Arbeitsplätze; Stand 1994). Im Herbst 1991 gab die IG Bergbau und

Energie mit dem "Aktionstag für unsere Kohle" den Auftakt für eine Kette von Protesten zum Erhalt der verbliebenen Kohlestandorte in der Region.

Der Mibrag gelang es, mit der VEAG (Vereinigte Energiewirtschaft Aktiengesellschaft) einen langfristigen Abnehmer für ihre Braunkohle zu gewinnen. Etwa parallel dazu schrieben die Wirtschaftsminister Sachsens und Sachsen-Anhalts in der "Leipziger Erklärung" eine Fördermenge von ca. 25 Mio. Tonnen pro Jahr im Südraum Leipzig fest (etwa 1/3 der jährlichen Fördermenge vor der deutschen Vereinigung) (LVZ vom 5.12.1991). Im Januar/Februar 1992 entschied sich schließlich die sächsische Staatsregierung für den Neubau eines Großkraftwerks mit einer Kapazität von 2 x 800 MW bei Lippendorf.

Im Frühjahr 1992 kulminierten die Proteste der Kohlearbeiter in einer Großdemonstration "Für unsere Kohle" mit ca. 20.000 Teilnehmern aus ganz Deutschland und brachten den erhofften Erfolg, die Sicherung der Perspektive für die Braunkohle. Kurt Biedenkopf, Sachsens Ministerpräsident, kündigte unter dem Beifall der Demonstranten die Erhaltung der wichtigsten Kohlestandorte, die Sicherung einer jährlichen Fördermenge von ca. 90 Mio. Tonnen in ganz Sachsen und den Bau von drei neuen Kraftwerken in Sachsen und Sachsen-Anhalt (Lippendorf, Boxberg und Schkopau) an (LVZ vom 6./7. Juni 1992). Außerdem wurde durch eine internationale Ausschreibung die Privatisierung der Mibrag in Angriff genommen (1993 ist sie an ein angloamerikanisches Konsortium verkauft worden). Mittlerweile wurden die Fördermengen weiter reduziert. "Die Staatsregierung geht bei ihren 'Leitlinien zur künftigen Braunkohlepolitik' ... von einer langfristigen Förderung von insgesamt ca. 40 bis 45 Mio. t/a (davon ca. 25 bis 30 Mio t in der Lausitz und ca. 15 Mio t im Südraum Leipzig) zur Stromerzeugung aus. Die Zahl der Tagebaue wird sich langfristig von 18 vor der Wende auf lediglich drei verringern (davon zwei in der Lausitz, einer im Südraum Leipzig)" (Freistaat Sachsen 1994a, S. 87). Dies gilt für etwa 30 Jahre ab Inbetriebnahme der neu errichteten bzw. sanierten Großkraftwerke, wobei nur soviel Braunkohleförderung wie unbedingt nötig und sowenig Landschaftsverbrauch wie irgend möglich stattfinden sollen (Freistaat Sachsen 1994b, S. 197). Damit sind die Weichen für den weiteren Kohlenabbau und die damit verbundenen Konflikte grundsätzlich gestellt.

Perspektivisch werden die Altlastensanierung und die Revitalisierung der verwüsteten Landschaft, die sich aus der drastischen Reduzierung der Fördermenge und den eingeleiteten bzw. geplanten Rationalisierungen ergebenden sozialen Probleme und der Kampf um die Erhaltung einzelner Gemeinden und Landschaften den Konflikt bestimmen. Die Region kann allerdings die Altlastensanierung und Aufgaben der Revitalisierung nicht aus eigener Kraft bewältigen. Dies schränkt den Handlungsspielraum der Kommunen, des Landes sowie der Bürgerinitiativen und Umweltverbände

in erheblichem Maße ein, unisono taucht die Forderung nach Bundesmitteln auf. Die Frage der Altlastensanierung war zunächst offen, mit den seit 1991 angelaufenen ABM-Programmen zur Sanierung werden bis 1997 überwiegend notwendige Abbruch- und Sicherungsmaßnahmen durchgeführt. Inzwischen wurden vom Bund und den Ländern aber weitere Milliarden für die Sanierung in Aussicht gestellt.

Möglicherweise wird es eine vollständige Revitalisierung der Landschaft auch nie geben und werden einige Wunden in der Landschaft für immer bleiben. Unter diesen Umständen werden sich die Auseinandersetzungen auf die einzelnen Schritte und die Art der Sanierung konzentrieren. Auch hier werden ökologische und soziale Interessen weiter aufeinandertreffen: Während die Umweltschützer den Beginn der Sanierungsarbeiten an den Stellen fordern, wo bedrohte Natur noch zu retten ist, favorisieren Mibrag und das Arbeitsamt den Einsatz von ABM zur Sanierung an sozialen Brennpunkten. Ein Beispiel dafür war die Ansiedlung einer großen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im Tagebau Peres, da hier durch die Stilllegung viele Kumpel arbeitslos geworden waren. Die Bürgerinitiative Cospuden forderte demgegenüber die schnellstmögliche Sanierung des Restloches Cospuden, um die ökologische Situation des Leipziger Auewaldes zu verbessern.

Was die weitere Zerstörung der Landschaft durch die Tagebaue betrifft, so konnte sich zuerst die Kommune Leipzig gegen die Mibrag durchsetzen und das weitere Vorrücken der Bagger auf die Stadt verhindern. Von Seiten der Kommunen gibt es seit dem Sommer 1991 erstmals Widerstand gegen die Zerstörung ihres Umlandes bzw. ihre eigene Vernichtung durch Abbaggern. Gegen die von der Mibrag geschaffenen Tatsachen (Kauf der Grundstücke, Abbruch der Häuser) kamen damals jedoch nicht alle an. Für dieses neue Kampffeld im Konflikt um die Kohle gibt es mit der von ländlichen Bürgerinitiativen und Leipziger Künstlergruppen im Sommer 1991 eröffneten Auseinandersetzung um den Erhalt der Gemeinde Werbelin im Norden Leipzigs ein erstes Beispiel. Die Mibrag blieb diesmal im Gegensatz zu ihrem Verhalten im Frühjahr 1990 hart und ging nicht auf die Forderungen ein. Trotz spektakulärer Besetzungsaktionen und Unterstützung seitens der Nachbargemeinden konnte der weitere Abriß zunächst nicht verhindert werden. Als der Abrißstop nach monatelangen Protesten schließlich doch erzwungen wurde, brannten unter mysteriösen Umständen einige der denkmalgeschützten Häuser ab, was die Genehmigung für einen "Sicherungsabriß" legitimierte. Zwar wurde dieser kurzfristig ausgesetzt, das Dorf dann aber doch beräumt. Perfiderweise kam kurze Zeit später der Beschluß, den Tagebau Breitenfeld stillzulegen, der die Sinnlosigkeit der Zerstörung vor Augen führt.

Zunächst von der Öffentlichkeit unbemerkt hatte sich in Dreiskau-Muckern im Südraum eine ähnliche Entwicklung angebahnt: der Ort war weitgehend ausgesiedelt worden und sollte letztlich abgebagert werden. In Folge der Stilllegung des Tagebaus Espenhain kam es aber nicht mehr

dazu, was einige der früheren Einwohner Hoffnung schöpfen ließ. Aufgrund der Regelungen im Einigungsvertrag wurden die Grundstücke aber nicht an die früheren Eigentümer zurückgegeben - zum Entsetzen der ehemaligen Einwohner<sup>14</sup>. Statt dessen übernahm die Mibrag (zum damaligen Zeitpunkt ein Treuhandunternehmen) die Vermarktung in eigener Regie. Inzwischen hat sich ein "Verein zwangsumgesiedelter Grundeigentümer" gegründet, der gegen diese Handlungspraxis protestiert, bislang jedoch erfolglos.

Die zunehmende Schärfe im Konflikt um die Kohle wie auch das veränderte Kräfteverhältnis markierten eine neue Situation nach den spektakulären Erfolgen der Umwelt- und Bürgerbewegungen im Frühjahr und Sommer 1990. Große, medienwirksame und durchschlagende Aktionen unter Massenbeteiligung wichen einem zähen und langwierigen Ringen um die künftigen Ausmaße und Richtungen des Tagebauvortriebs, weitere Devastierungen und die Formen der Umsiedlung. Es zeigte sich, in wie starkem Maße die Großstrukturen immer noch das Agieren der Kohleunternehmen bestimmen, aber auch, daß die Bevölkerung einen weiteren Kohlenabbau toleriert - allerdings in geringerem Umfang als bisher. Gegen das Abbagern von Ortschaften sind nur die unmittelbar Betroffenen mobilisierbar, wie der Fall der Gemeinde Heuersdorf im ehemaligen Landkreis Borna zeigt.

Hier konzentriert sich gegenwärtig die Auseinandersetzung um den weiteren Tagebaufortschritt und die damit verbundene Devastierung. Die 310 Bürger haben sich deutlich gegen eine Umsiedlung ausgesprochen. Sie befürchten im Zuge der Abaggerung eine Zuspitzung der schon bestehenden sozialen Probleme, in der das derzeit vorhandene schuldenfreie Wohn- bzw. Grundstückseigentum als letzte Sicherheit erscheint. Eine Abaggerung verbinden sie mit unüberschaubaren Konsequenzen für ihre Existenz (Auflösung der Dorfgemeinschaft, Verschuldung). Durch den Vertrauensverlust gegenüber der Mibrag, verantwortlichen Politikern sowie das Fehlen akzeptabler Umsiedlungsmodelle ist ein Kompromiß nicht in Sicht und haben sich die Fronten verhärtet. Der schwelende Konflikt wird nun möglicherweise durch eine Entscheidung der sächsischen Landesregierung herbeigeführt, was aber die sozialen Probleme nicht lösen wird. Nicht im Falle der Devastierung, aber auch nicht im Falle des Erhalts, da die Lebensbedingungen im Ort durch Lärm, Staub und die Grundwasserabsenkung schon erheblich beeinträchtigt sind. Die Zeit arbeitet freilich gegen die Heuersdorfer, da durch Abwanderungen ihre Gemeinschaft bröckelt.

Ein ähnliches Konfliktfeld mit fast den gleichen Akteuren ist mit der geplanten bzw. teilweise schon begonnenen Einrichtung von Entsorgungseinrichtungen (Mülldeponien, Sondermüllverbren-

---

<sup>14</sup> Aus Protest dagegen beging ein Rentnerhepaar auf seinem früheren Grundstück Selbstmord. Dieser spektakuläre Fall diente Rolf Hochhuths Stück "Wessis in Weimar" zur Vorlage.

nungsanlagen u.ä.) entstanden. Diese werden in z.T. wiederum großen Maßstäben von Kohle- und Energieunternehmen als "Folgeindustrien" auf den teilweise aufgelassenen Standorten Espenhain und Böhlen angesiedelt. Ein spektakulärer Fall ist die Deponie Cröbern im Süden von Leipzig, auf dem Gelände des ehemaligen Tagebaus Espenhain. Hier wurden in Fortführung einer aus DDR-Zeiten übernommenen Deponie von der Deponiewirtschaft und Umwelttechnik GmbH (DWU), einer Tochter der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), die technischen Voraussetzungen für eine Deponie mit einer Jahresmenge von 450.000 t "Haus- und Industrielmüll" geschaffen, ohne daß es von Anfang an ein gesetzlich vorgeschriebenes Planfeststellungsverfahren gegeben hätte, ein kommunaler Zweckverband als Auftraggeber existiert bzw. für diese Deponie überhaupt ein Bedarfsnachweis erbracht wurde. Hinzu kommt, daß die Deponie auf geschüttetem Grund errichtet wurde (was den gesetzlichen Vorschriften widerspricht) und sich der künftige Betreiber einen Teil des Volumens für seinen Müll gesichert hat. Gegen dieses Vorhaben richtete sich der Widerstand der am stärksten betroffenen Umlandgemeinden, die eine Unterschriftenaktion starteten (mit 3.500 Unterschriften), um die weiteren Arbeiten zu stoppen - ohne Erfolg.

Angesichts der Schwäche der regionalen Akteure sowie den durch die tiefe Strukturkrise in Ostdeutschland gesetzten ungünstigen Rahmenbedingungen sind langwierige Auseinandersetzungen auf den beschriebenen Feldern (Altlastensanierung, Landschaftszerstörung durch den Kohlenabbau, Ansiedlung neuer umweltbelastender Industrien und Arbeitslosigkeit) weit eher zu erwarten, als spektakuläre Aktionen und Veränderungen wie zwischen Herbst 1989 und deutscher Vereinigung. Einem erheblich reduzierten Fördervolumen und der angelaufenen Sanierung einerseits stehen langfristige Zerstörungen durch den Weiterbetrieb, ein Verharren im alten Strukturtyp und neue Belastungen gegenüber. Lösungen, die die Interessen der lokalen Akteure angemessen berücksichtigen, sind nicht in Sicht.

#### IV. Zusammenfassung und Perspektiven

Der Braunkohlenbergbau im Bornaer Land kann auf eine sehr lange Tradition verweisen, bereits seit Ende des 18. Jahrhunderts gab es dort Gruben. Im Gefolge der Industrialisierung gegen Ende des letzten und zu Anfang dieses Jahrhunderts nahm der Bergbau einen starken Aufschwung. Mit dem Übergang zum großtechnischen Kohlenbergbau in den 20er Jahren zum Zwecke der industriellen Verarbeitung der Braunkohle erfolgte der Übergang zu einem anderen Typ industrieller Entwicklung. Staatliche Eingriffe (Sächsisches Flächenregal von 1918, Landesplanung Westsachsen 1928), die Bildung großer Monopole sowie Kriege bzw. Kriegsvorbereitungen führten zur Ausbreitung der Kohlenindustrie und zur Ausbildung einer großindustriellen Monstruktur. In seinen Funktionen als Energieproduzent und Rohstofflieferant wurde der Südraum zusammen mit den Industrierevieren Leuna-Merseburg und Bitterfeld-Wolfen zum strategischen Rückgrat der mitteldeutschen Chemieindustrie. Damit trug er zur Herausbildung der Ballungsregion Halle-Leipzig-Bitterfeld bei.

Mit dieser Entwicklung waren eine starke Zuwanderung, die Verdichtung der Bevölkerung, die Veränderung der Siedlungsstruktur sowie der gesamten Sozialstruktur verbunden. Der Braunkohlenabbau zerstörte weite Teile der Landschaft, beeinträchtigte den Wasserhaushalt und die Bodenqualität. Die großindustrielle Weiterverarbeitung der Braunkohle verursachte extreme Schadstoffbelastungen von Luft (Schwefeldioxid und Staub) und Wasser (Phenole und organische Substanzen) mit erheblichen Konsequenzen für die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung. Damit wurden die Grundlagen für eine Reihe von ökologischen und sozialen Problemen gelegt, die dann im Laufe der Jahrzehnte kumulierten und eine Kette von sozialen, ökologischen und politischen Konflikten auslösten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfestigten sich die wirtschaftlichen Strukturen, deren negative Merkmale bereits seit den 50er Jahren zu Niedergangstendenzen führten (in Form von Abwanderung, Ausbleiben von Neuinvestitionen, Verfall der Städte und Dörfer, Devastierung der Landschaft und Umweltverschmutzung). Im Zuge der "Renaissance der Braunkohle" in den 70er Jahren nahmen die negativen Folgelasten für Mensch und Natur neue Dimensionen an, sie kulminierten in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen während der Wende und im wirtschaftlichen Zusammenbruch nach 1989.

Mit der nach 1989 einsetzenden Deindustrialisierung ist nun eine Deglomeration der Gesamtregion, d.h. eine Rückbildung der Ballungsregion Halle-Leipzig-Bitterfeld zu beobachten. Im

Südraum ist dieser Prozeß an der Entflechtung gegenüber dem Gesamttraum Leipzig-Halle und an der Schrumpfung der großen Industriekomplexe zu z.T. isolierten Einzelstandorten zu beobachten. Der Südraum ist durch den Zusammenbruch der Industrie, den Kapitalmangel, die Abwanderung der Bevölkerung, die Zerstörung der Umwelt in eine zirkuläre Konstellation geraten, die einen "kumulativen Prozeß nach unten" (Myrdal 1974), eine Abwärtsspirale auslöste.

In wichtigen Strukturentscheidungen der letzten Jahre (Verkauf der Mibrag an ein ausländisches Konsortium und Weiterführung des Braunkohlentagebaus, Neubau des Kraftwerks Lippendorf und Betreibung durch ein westdeutsches Konsortium, Beginn der Errichtung der Deponie Cröbern) wurde der alte Strukturtyp wirtschaftlicher Entwicklung im wesentlichen fortgeschrieben. Auf andere Entwicklungspfade (wirtschaftliche Diversifizierung, ökologische Landwirtschaft, Naherholung) muß dies als Blockade wirken. Der Übergang in ein anderes Muster wirtschaftlicher Entwicklung scheint vorerst fraglich. Die Menschen im Südraum werden auf absehbare Zeit mit der Bewältigung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisenphänomene zu tun haben. Dabei setzt sich die Abhängigkeit von überregionalen Entscheidungen und Investitionen fort.

Unmittelbar nach der Vereinigung wurde die künftige Entwicklung des Südraumes überwiegend negativ beurteilt. Der TÜV Rheinland kam in seinem Gutachten zu folgendem Urteil: "Ein nachhaltiger wirtschaftlicher Strukturwandel innerhalb der Region (Borna/Leipzig-Südraum) im Sinne eines künftigen Industriestandortschwerpunktes ist nicht zu erwarten". Er sieht die Funktion des Südraums als Ergänzungszone für die Kernzone Leipzig/Nordwestraum: Kontrolle und Sanierung der Schäden und Umweltbelastungen, Schaffung von Chancen der Eigenversorgung der Region, Gestaltung des Nahverkehrs, insbesondere für Arbeitspendlerbeziehungen, für die vorhandene Bevölkerung und Siedlungsstruktur (TÜV Rheinland 1991, S. 61). In einem GEWOS-Gutachten wurde folgender Schluß gezogen: "Die Region Borna wird in großem Maße von beschäftigungs- und strukturpolitischen Unterstützungen des Landes und des Bundes abhängen, seine Zukunftschancen liegen in der räumlichen Nähe zu Leipzig" (GEWOS 1991, S. 3 bzw. 10). In einem neueren Gutachten wird zwar immer noch bezweifelt, "ob es bis 2000 bzw. 2010 zu einem sich selbst tragenden Aufbauprozeß im Südraum kommen wird", aber es wird immerhin mit einer Konsolidierung der Beschäftigungssituation gegen 2010 gerechnet (GEWOS 1993, S. 22 f.)

Im Rahmen einer Regionalkonferenz, die im Oktober 1994 im Südraum stattfand, wurde versucht, phantasievoll Spielräume für die regionale Entwicklung zu veranschaulichen, um damit die Chancen, die der Südraum Leipzig trotz alledem hat, zu verdeutlichen. Unter wirtschaftsrelevanten Gesichtspunkten wurden Konzeptionen erarbeitet, in denen die langfristige Sanierung und

Rekultivierung der Bergbaufolgelandschaften im Südraum Leipzig stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. In diesen Konzeptionen wird ein "akupunkturelles Eingreifen an neuralgischen Problemzonen" empfohlen, um damit die kulturellen, ökologischen und ökonomischen Selbstheilungskräfte zu aktivieren. Es wird als notwendig angesehen, die exogenen wirtschaftlichen Wachstumsimpulse, die von den neuen Investitionen in Großprojekte ausgehen, durch die Nutzung endogener Entwicklungspotentiale zu ergänzen. Mit den von renommierten Landschaftsarchitekten erarbeiteten Visionen soll dem Südraum eine attraktive Perspektive gegeben werden (Uhlig 1994).

Ausgehend von den zu beobachtenden Entwicklungen und den bislang getroffenen Strukturentscheidungen zeichnen sich für den Südraum Leipzig folgende Perspektiven ab:

**1. Wirtschaftsräumlicher Funktionswandel** hinsichtlich der Einbindung in die Ballungsregion Leipzig-Halle: Hatte der Südraum vor 1989 die Funktion, Rohstoffe und Energie zu liefern, so ist diese nach 1990 teils weggefallen (z.B. die Kohleverschwelung), teils drastisch reduziert worden (Energie). Dafür droht die Region von der Entwicklung in den Kernräumen abgekoppelt und zum Hinterland der Großregion Leipzig-Halle, möglicherweise gar zum überregionalen Müllentsorger zu werden. In beiden Fällen bleiben nur Restfunktionen erhalten. Falls sich diese Entwicklung durchsetzt, erscheinen beabsichtigte Ergänzungsfunktionen für die Entwicklung des tertiären Wirtschaftssektors in Leipzig oder als Naherholungsgebiet unwahrscheinlich.

**2.** Damit würde aber ein wichtiges Entwicklungspotential negiert und eine **Verstärkung der regionalen Disparitäten** begünstigt. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in den Kernzonen der ehemaligen Ballung (Leipzig und Halle sowie der Raum zwischen ihnen) bzw. in den Randzonen (Leuna-Merseburg, Bitterfeld-Wolfen, Südraum) wird das Einkommensniveau, die Qualifikation etc. der Bevölkerung enorm differenzieren. Dabei ist zu befürchten, daß sich das Gefälle zwischen den Oberzentren Leipzig und Halle und ihrem Umland vertieft. Möglicherweise wird dies durch den Verlust zentralörtlicher Funktionen der Umlandstädte noch begünstigt. Im Zuge der Kreisreform wurden die ehemaligen Landkreise Borna, Geithain und Leipzig-Land zusammengelegt. Mit der Entscheidung für Leipzig als Zentrum des neuen Landkreises wurde die administrative Kompetenz der Stadt Borna beschnitten. Obwohl Borna als "große Kreisstadt" entwickelt werden soll, verlor der Südraum damit weitere Entscheidungskompetenzen und sein angestammtes Zentrum.

Seine Bedeutung als Einpendlerregion hatte der Kreis bereits mit dem Beschäftigungsabbau in den Großbetrieben weitestgehend verloren. Im Zuge des weiteren industriellen Niedergangs wird sich

diese Relation nunmehr umkehren, d.h. der Kreis wird (wie schon in den 1920er Jahren) zu einer Auspendlerregion.

**3. Arbeitsmarkt und Bevölkerungsentwicklung:** Der ehemalige Landkreis Borna weist eine für ländliche Regionen untypische Konzentration von Industriearbeitern und einen hohen Anteil an einseitig Qualifizierten auf. Ein Teil der regionalen Arbeitskräfte wird, trotz der Sicherung einiger alter Industriestandorte (Böhlen) und (geplanten) Investitionen in neuen Gewerbegebieten (Zwenkau), auf absehbare Zeit unbeschäftigt bleiben. Damit verbinden sich sowohl regionale als auch individuelle Perspektivlosigkeit, die weiterhin, wenn auch in abgeschwächter Form, zur Abwanderung jüngerer und/oder besser qualifizierter Menschen führen wird. Abgesehen davon, daß ein weiteres Sinken des Qualifikationsniveaus eine erneute Veränderung der Sozialstruktur bedeutet, trägt es außerdem zur Verstärkung der "zirkulären Konstellation nach unten" bei.

Obwohl mittelfristig das nahe Leipzig als Arbeitsmarkt für einige der aus dem Bergbau freigesetzten Erwerbstätigen an Bedeutung gewinnen dürfte, wird ein großer Teil der Erwerbsbevölkerung im Südraum aufgrund der wirtschaftlichen Situation längerfristig von sozialstaatlichen Transferleistungen abhängig bleiben. Höhe und Art der Transfers nehmen somit Einfluß auf das Migrationsverhalten. Die Kürzung oder gar Streichung von Transfers könnte eine neue Abwanderungswelle auslösen, würde aber in jedem Fall zu weiteren Einkommenseinbußen und zum weiteren Niedergang der Region führen. Möglich ist auch die Zunahme anomischer Tendenzen (steigende Kriminalität, zunehmende Vereinzelung und soziale Isolierung, erhöhter Alkoholkonsum sowie politische Apathie bzw. Radikalisierung).

**4. Altlastensanierung und Revitalisierung der Landschaft:** Der flächenhafte Zusammenbruch der bestehenden Wirtschaftsstrukturen erwies sich als eine Maßnahme "passiven Umweltschutzes". Durch die Stilllegung vieler Betriebe verminderte sich vor allem die Luftbelastung drastisch. Doch wird es Jahrzehnte dauern, bis sich weniger mobile Umweltmedien wie die Sedimente der Gewässer oder die Böden von der über viele Jahre akkumulierten Belastung regenerieren werden. Die zerstörte Landschaft bedarf der Revitalisierung, eine Aufgabe, die weit bis ins nächste Jahrhundert hineinreichen wird. Ebenso wird die Beseitigung bzw. Sicherung der industriellen Altlasten große Aufmerksamkeit und einen hohen finanziellen Einsatz erfordern.

Die Großindustrie endet in der Region so wie sie einst begann: der Aufschluß des Böhleener Tagebaus erfolgte ab 1921 durch den sächsischen Staat als "Werk produktiver Erwerbslosenfürsorge"; nach 1989 wurde die Sanierung der ausgekohnten bzw. ausgelaufenen Tagebaue und die Demontage der stillgelegten Chemieanlagen mittels umfangreicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Angriff genommen. Nachdem der Südraum Leipzig jahrzehntelang als Industrieregion aufgebaut

und über seine sozialen und ökologischen Belastungsgrenzen hinaus genutzt wurde, steht nun ein Zeitalter der Aufräumarbeiten und der Umorientierung an. Es gilt, die wirtschaftliche Nutzung des Raumes auf ein ökologisch und sozial verträgliches Maß hin zu orientieren.

## Literaturverzeichnis

Barthel, Hellmuth: Das Borna-Meuselwitzer Braunkohlenrevier in Vergangenheit und Gegenwart, in: Sächsische Heimatblätter, H. 4-5/1960

Barthel, Hellmuth: Braunkohlenbergbau und Landschaftsdynamik, Gotha 1962

Berkner, Andreas: Braunkohlenbergbau, Landschaftsdynamik und territoriale Folgewirkungen in der DDR, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, H. 3/1989

Birg, H.; Flöthmann, E.-J.; Reiter, I.: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion - Demographische Verhaltensweisen regionaler Arbeitsmarktkohorten im biographischen Kontext. Forschungsbericht, IBS Bielefeld 1990

Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): Stasi intern. Macht und Banalität, Leipzig 1991

Büro für Territorialplanung Leipzig: Land Sachsen, Region Leipzig - Ausgewählte Probleme der Raumordnung und Regionalentwicklung, Leipzig 1990

Das Bornaer Pleißeland. Zerstörung und Neuanfang, hrsg. von Pro Leipzig in Zusammenarbeit mit dem "städtebaulichen Modellvorhaben Bornaer Pleißeland" sowie den beteiligten Gemeinden, Leipzig 1994

DeMONTAGEbuch. Demo, Montag, Tagebuch, Demontage, hrsg. von Wolfgang Schneider, Leipzig und Weimar 1990

Dietrich, Christian: Das Verhältnis Staat - Kirche in der DDR, Ms., Leipzig 1991

Die Union, 14.11.1989

Fege, Berthold (Hrsg.): DDR-Wirtschaft '90. Zahlen, Fakten, Hintergründe, Bonn 1990

Fischer, Rudolf: Der Braunkohlenbergbau im Bornaer Kohlerevier, Borna/Leipzig 1910

Freistaat Sachsen. Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung: Landesentwicklungsbericht 1994, Dresden 1994a

Freistaat Sachsen. Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit: Wirtschaft und Arbeit in Sachsen 1994, Dresden 1994b

GEWOS: Beratung der Landkreise Altenburg und Borna beim Aufbau wirtschaftlicher Infrastrukturen. Ergebnisbericht/Kurzfassung, Borna 1991

GEWOS: Standortgutachten für den Südraum Leipzig. Ergebnisbericht, Hamburg, Leipzig 1993

Herles, Helmut; Rose, Ewald (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990

Heydick, Lutz: Leipzig. Historischer Führer zu Stadt und Land, Leipzig, Jena, Berlin 1990

Hinz, Thomas: Regionale Aspekte der Konstituierung von kleingewerblichen und mittelständischen Betrieben in den neuen Bundesländern. Das Beispiel Leipzig, in: Pfeiffer, Wolfram (Hrsg.): Regionen unter Anpassungsdruck. Probleme der Einheit, Bd. 13, Marburg 1993

Hönsch, Fritz: Der Industriekomplex Böhlen - eine ökonomisch-geographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der historisch-geographischen Entwicklung, Dissertation, Pädagogische Hochschule Potsdam 1968

Hönsch, Fritz: Der Einfluß des Industriekomplexes Böhlen-Espenhain auf die Entwicklung der Landesplanung im westsächsischen Braunkohlengebiet, in: Geographische Berichte, H. 68/1973

Hönsch, Fritz: Der Leipziger Südraum - eine Region im Wandel, in: Geographische Rundschau, H. 10/1992

Hofmann, Michael; Rink, Dieter: Die Kohlearbeiter von Espenhain. Eine Studie zur Enttraditionalisierung eines Arbeitermilieus in einer alten Industrieregion, in: Geißler, Rainer (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993

Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (Hrsg.): Der Kammerbezirk Leipzig in Zahlen. Strukturdaten 1993, Leipzig 1993

Institut für Geographie und Geoökologie (IGG) Leipzig (Hrsg.): Ausgewählte geoökologische Entwicklungsbedingungen Nordwestsachsens (ehemaliger Bezirk Leipzig), Leipzig 1991

Institut für Umweltschutz (Hrsg.): Umweltbericht der DDR. Informationen zur Analyse der Umweltbedingungen in der DDR und zu weiteren Maßnahmen, Berlin 1990

Israel, Jürgen (Hrsg.): Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981 - 1989, Berlin 1991

Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul F.; Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch., Frankfurt/Main 1975

Kosing, Alfred: Zur Umweltpolitik unserer Partei, in: Was und wie. Informationen, Argumente, Übersichten für den Agitator, H. 11/89

Kupferschmidt, Franz: Zur Bevölkerungsentwicklung in Mitteldeutschland, in: Deutsches Museum für Länderkunde. Wissenschaftliche Veröffentlichungen, Neue Folge 5, Leipzig 1938

Kretzsch, Renate: Der Beitrag der Beschäftigungsgesellschaft zur regionalen Erneuerung. In: Arbeitsmarkt und regionale Strukturpolitik. Friedrich Ebert Stiftung, Büro Leipzig (Hrsg.), Leipzig 1993

Landratsamt Borna (Hrsg.): Ökologisches Sanierungskonzept für den Kreis Borna. Erfassung, Bewertung und zusammenschauende Darstellung des Ausgangszustandes. Teil I u. II, Borna 1990

Landratsamt Borna, Wirtschaftsamt: Kreisentwicklungskonzeption der Landkreise Borna und Geithain, Borna 1992

LVZ - Leipziger Volkszeitung, Lokalteil Borna, 17./18.2.1990

LVZ - Leipziger Vokszeitung, 22./23.12.1990, 9.3.1991, 5.12.1991, 6./7.6.1992

Mez, Lutz; Jänicke, Martin; Pöschk, Jürgen: Die Energiesituation in der vormaligen DDR. Darstellung, Kritik und Perspektiven der Elektrizitätsversorgung, Berlin 1991

Minx, Bärbel: Frauenerwerbstätigkeit im Braunkohlenbergbau der neuen Bundesländer. In: Arbeitsmarkt und regionale Strukturpolitik. Friedrich Ebert Stiftung, Büro Leipzig (Hrsg.), Leipzig 1993

Mohs, Gerhard: Die Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung im Ballungsgebiet Halle-Leipzig, in: Lehmann, Edgar (Hrsg.): Das Leipziger Land. Physisch-geographische und ökonomisch-geographische Studien, Leipzig 1964

Mühlenberg, Heidi: BKW Borna mißachtet 6000fachen Bürgerprotest, in: DAZ Leipzig, 28. 3. 1990; dies.: Cospuden-Streit spitzt sich zu, in: DAZ, 12. 4. 1990; dies.: Die Bagger stehen. Kreisgericht Leipzig-Süd stoppt Tagebau Cospuden, in: DAZ, 25. 4. 1990; dies.: Glück auf. Ein heißer Sommer erwartet Espenhain, in: DAZ, 30. 5. 1990

Myrdal, Gunnar: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1974

Neumeister, Hans et al.: Immissionsbedingte Stoffeinträge aus der Luft als geomorphologischer Faktor. 100 Jahre Deposition im Raum Bitterfeld, in: Geoökodynamik, Band XII, Heft 1/2, 1991

Neumeister, Hans: Historisch entwickelte Landschaftsstrukturen an der Grenze ihrer Tragfähigkeit, in: IGG Leipzig (Hrsg.), Leipzig 1991

Peters, Wilhelm (Hrsg.): Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern. Arbeitspapier 1992-2. Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) e.V., Gelsenkirchen 1992

Planungsgruppe Ökologie und Umwelt: Wissenschaftliche und planerische Beratung der Stadt Leipzig im Zusammenhang mit den Umweltauswirkungen der Braunkohlengewinnung im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Vorstudie. Hannover, Hamburg 1992

Rat der Stadt Leipzig, Stadterweiterungsamt (Hrsg.): Der Generalbebauungsplan der Stadt Leipzig, Leipzig 1928

Richter, Dieter: 100 Jahre chemische Großindustrie in Mitteldeutschland in: Geographische Rundschau 39, Heft 11, 1987

Rudolph, Helmut: Beschäftigtenstrukturen in der DDR vor der Wende, in: MittAB, H. 4/1990

Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie: Luftqualität in Sachsen. Jahresbericht zur Immissionssituation 1993. Radebeul 1994

Schlüter, Heinz: Regionale Differenzierung der Nutzungsintensität und Belastung nach Kriterien des Natürlichkeitsgrades der Vegetation. F/E-Bericht IGG Leipzig 1982

Schlüter, Heinz: Ökologische Gliederung und Bewertung des Bezirkes Leipzig nach Vegetationsmerkmalen, in: IGG Leipzig (Hrsg.), Leipzig 1991

Schmidt, Gerhard: Geruchsbelästigung durch die Braunkohlen-Großindustrie im Leipziger Bezirk in Abhängigkeit von der Wetterlage, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, H. 5/1955-56

Scholz, Dieter: Die Industrie im Ballungsgebiet Halle - Leipzig. Ein Beitrag zu den industriegeographischen Grundlagen gebietsplanerischer Probleme in Ballungsgebieten, Habil.-schrift, Karl-Marx-Universität Leipzig 1965

Scholz, Dieter: Die Pendelwanderung im Ballungsgebiet Halle-Leipzig - ihre territoriale Problematik und Perspektive, in: Mohs, Gerhard (Hrsg.): Geographie und technische Revolution, Gotha, Leipzig 1967

Schwartau, Cord: Die Entwicklung der Umwelt in der DDR. Neue Probleme durch Renaissance der Braunkohle, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.): Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985

Schwartau, Cord: Umweltprobleme in einem alten Industrieviertel - der Ballungsraum Halle - Leipzig, in: Geographische Rundschau, H. 11/1987

Selitrenny, Rita: Die Hauptverwaltung Aufklärung, Leipzig 1991

Staatliches Umweltfachamt Leipzig, Braunkohlenplanungsstelle: Großtagebau Mitte. Möglichkeiten und Grenzen der Region, Leipzig Oktober 1991

Statistische Berichte. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Sachsen. Hrsg. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsens. Kamenz 1993

TÜV Rheinland: Ökologisches Sanierungs- und Entwicklungskonzept Leipzig/Bitterfeld/Halle/Merseburg (Kurzfassung), Köln 1991

Uhlig, Günther (Hrsg.): Südraum Leipzig. Eine Region im Wandel. Ergebnisse der 3. Regional-konferenz und des Teamwettbewerbs 1994. Leipzig 1994

Uhlig, Lotar; Wollkopf, Hans-Friedrich: Bevölkerungsentwicklung und Pendlerbewegung im Bezirk Leipzig, in: Geographische Berichte, H. 1/1981

Vaatz, Arnold: Umweltverträgliche Siedlungs- und Regionalentwicklung im Raum Halle/Leipzig. In: Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftspflege e.V. (Hrsg.): Landschaft 2000. Landschaftsplanung in der Region Halle/Leipzig. Berlin 1993

Vereinbarung zur Regelung arbeitsrechtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung der Produktion in karbochemischen Anlagen der Kohlechemie. Ministerium für Schwerindustrie. Berlin: 12. Februar 1990

Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld vom 8. Februar 1990. GBl. Teil I Nr. 7 vom 12. Februar 1990, Berlin 1990

Vogel, Ilse: Steinkohlenbergmann - Braunkohlenarbeiter. Eine soziographische Studie, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, 23. Bd., Bad Godesberg 1959

Zapf, Wolfgang: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. WZB papers P 92 - 104, Berlin 1992

Zuppke, Uwe; Hartmann, Jörg: Die ökologische Hinterlassenschaft der DDR. Dargestellt an der Luftverunreinigung und am Abprodukteproblem, in: Geographische Berichte, 35. Jg., Nr. 4, 1990

## **Anhang**

Tabelle A

Beschäftigte insgesamt und Beschäftigte in der Industrie und Landwirtschaft im ehemaligen Kreis Borna

Jahr	Beschäftigte		Industrie		Landwirtschaft
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt
1955	60.078		38.652		7.289
1958	60.683	20.948	38.118	9.325	5.602
1959	58.713	20.960	39.092	9.814	5.552
1960	58.125		39.459		
1961	58.353	21.665	39.275		5.696
1963	57.817	21.444	38.994	10.249	
1964	57.366	21.721	38.301	10.244	
1965	56.867	21.204	38.738	10.628	
1966	57.058	21.958	38.729	11.109	
1967	56.790	22.295	38.449		
1968	60.388	23.369	41.990	12.109	
1969	60.651	23.879	42.212	12.575	
1973	59.650	25.393	39.985	13.403	
1974	59.879	25.871	40.252		
1978	59.453	26.307	40.831	14.294	3.192
1981	59.576	26.274	41.385	14.507	3.253
1982	59.976	26.298	43.059	15.081	
1983	60.552	26.125	43.622	14.979	
1984	61.078	26.256	44.153	15.098	
1985	61.121	26.181	44.218	15.059	
1986	60.583	25.833	43.742	14.751	
1987	60.313	25.668	43.448	14.636	
1988	59.928	25.525	43.310	14.601	
1989	59.293	25.244	42.579	14.395	3.377
1990	55.410	23.630	39.408	13.098	2.461
1991	47.286		31.501		1.543
1992 Juni	41.771				
1993 Dez.	23.718		7.907		957

Quellen: Statistische Taschen- und Jahrbücher Bezirk Leipzig,  
 Unterlagen Wirtschaftsamt Borna 1994;  
 (alle Angaben ohne Lehrlinge)

Tabelle B

Entwicklung der Einwohnerzahlen ausgewählter Gemeinden des ehemaligen  
Landkreises Borna

Jahr	Borna Kreis	Borna Stadt	Böhlen	Espenhain	Kitzscher	Regis	Rötha
1846		4.597				676	1.726
1895		8.250				1.017	2.441
1899	74.890						
1905	78.272	8.879	825	288	340	1.203	2.894
1919		9.497	1.017	398	369	2.947	3.109
1925		10.978	1.575	445	386	3.102	3.762
1933	71.492	13.838	3.030	453	358	3.349	3.857
1939	78.125	14.611	4.166	1.120	325	3.516	4.980
1945	104.787	17.330	5.632	1.299	3.731	4.262	5.613
1950	102.157	17.807	6.704				5.899
1955	99.972	17.572	6.943	2.393		4.654	5.338
1961	96.864	17.966	7.704			4.830	5.453
1966	95.303	21.426	7.795			5.559	5.430
1971	96.211	22.131	7.410	1.713	7.006	5.434	5.508
1976	92.203	21.947	6.599		8.264	4.982	4.821
1981	89.646	23.422	6.801	1.797	7.990	4.663	4.614
1985	87.411	23.752	6.955	1.723	7.513	4.452	4.502
1989	85.995	23.798	6.873	1.752	8.233	4.073	4.759
1991	81.284	22.725	6.517	1.473	7.874	3.982	4.382
1992	80.432	22.377	6.446	1.475	8.032	3.813	4.249
06/1993	80.041	22.248	6.368	1.456	8.085	3.777	4.218

Quellen: Statistische Jahrbücher für das Königreich Sachsen, Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Statistische Taschenbücher Bezirk Leipzig, Statistische Jahrbücher Bezirk Leipzig, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen  
(Anm.: Alle Angaben für das jeweilige Gemeindegebiet, die Kreisdaten ab 1933 für das Gebiet des Kreises Borna, wie er von 1953 bis 1994 bestand.)

Tabelle C1

Veränderung der Qualifikationsstruktur der Wirtschaftlich Tätigen im ehemaligen Kreis Borna  
1980 bis 1989

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
HS-Abschluß	4,2	4,3	4,3	4,5	4,6	4,6	4,6	4,7	4,7	4,8
FS-Abschluß	10,5	10,5	10,7	10,6	10,8	10,7	10,8	11,0	11,2	11,3
Meister	4,9	5,1	4,9	4,8	5,0	5,0	5,0	5,3	5,5	5,8
Facharbeiter	61,7	63,2	63,1	63,9	64,0	64,0	64,3	64,7	64,1	63,3
dar. im Betrieb	91,7	98,1	90,0	86,6	-	-	-	-	-	-
Teilausbildung	4,0	4,6	4,2	4,0	4,1	3,7	3,9	4,0	4,0	4,2
ohne Abschluß	14,6	12,5	12,7	12,2	11,5	12,0	11,3	10,4	10,4	10,5

Quelle: Amt für Statistik, Kreisstelle Borna 1990

Tabelle C2

Veränderung der Qualifikationsstruktur der weiblichen Wirtschaftlich Tätigen im ehemaligen  
Kreis Borna, 1980 bis 1989

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
HS-Abschluß	2,7	2,9	2,9	3,0	3,3	3,4	3,5	3,7	3,7	3,8
FS-Abschluß	11,6	12,2	12,8	13,0	13,4	13,7	14,0	14,3	14,8	15,2
Meister	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,1	1,1	2,0	1,9	2,0
Facharbeiter	57,1	59,7	59,0	60,0	59,9	60,6	61,1	60,8	61,5	61,7
dar. im Betrieb	83,2	83,2	85,2	82,4	-	-	-	-	-	-
Teilausbildung	4,6	4,5	4,2	4,2	4,5	3,4	3,5	3,8	3,5	3,8
ohne Abschluß	23,1	19,7	20,1	18,7	17,9	17,8	16,7	15,4	14,5	13,4
% W an ges	42,1	42,0	41,5	41,3	40,9	40,7	40,6	40,6	40,7	40,5

Quelle: Amt für Statistik, Kreisstelle Borna 1990

Tabelle D

## Arbeitsmarktstatistik. Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen

	Arbeitsamt Leipzig			Nebenstelle Borna		
	Arbeitslose		Offene Stellen	Arbeitslose		Offene Stellen
	Bestand	Quote		Bestand	Quote	
Juni 90				504	1,2	180
Sept. 90	22.784					
Dez. 90	34.901					
März 91	42.203	7,8	1.110	3.595	5,8	140
Juni 91	41.698	7,7	1.872	3.466	5,6	53
Sept. 91	47.086	8,7	2.111	3.421	5,5	21
Dez. 91	47.911	8,9	1.878	3.692	6,0	24
Ø 91	44.782	8,3	1.591	3.626	5,9	55
März 92	52.984	11,3	2.364	4.834	12,1*	40
Juni 92	48.653	10,4	1.942	4.538	11,3	57
Sept. 92	48.181	10,3	1.821	4.373	10,1	85
Dez. 92	50.056	10,4	1.566	4.835	12,1	
Ø 92	51.476	11,9	1.999			
März 93	52.592	12,1	1.591	5.181	12,9	49
Juni 93	52.733	12,1	1.849	5.418	13,5	27
Sept. 93	58.861	13,6	1.984	5.797	14,5	15
Dez. 93	60.592	14,0	1.939	5.614	14,0	19
Ø 93	55.460	12,8	1.836	5.506	13,7	26
März 94	61.598	14,6	2.632	5.881	15,7	100
Juni 94	58.259	13,8	3.410	5.563	14,8	252
Sept. 94	51.726	12,3	5.232	5.006	13,4	370
Dez. 94	49.005	11,6	4.907	4.964	13,2	230

\* Die Berechnung der Arbeitslosenquote erfolgte nicht mehr auf der Grundlage der Arbeitsplätze (Arbeitsort), sondern auf der Grundlage der erwerbsfähigen Bevölkerung (Wohnort) des Kreises Borna.

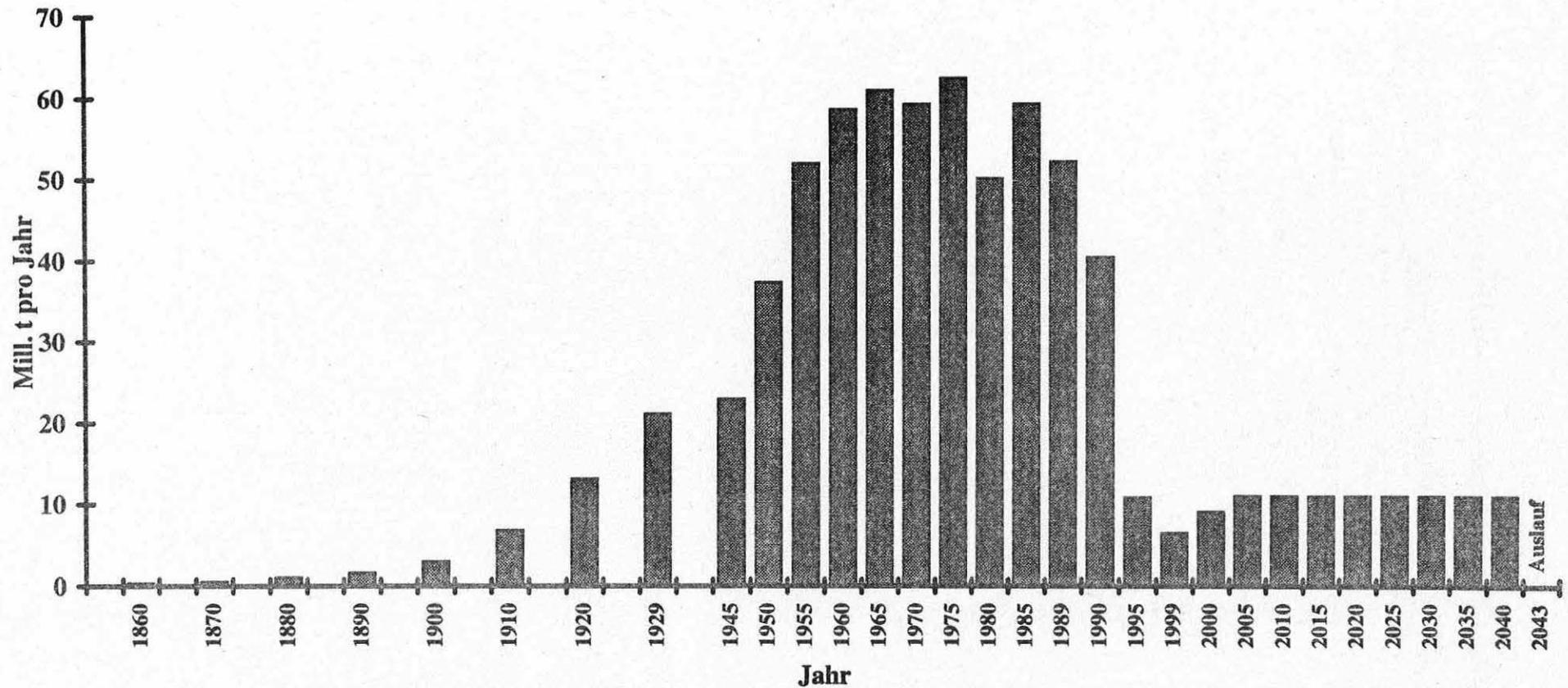
Quellen: Der Arbeitsmarkt des Jahres 1991. Der Arbeitsmarkt für das Jahr 1992.  
 Der Arbeitsmarkt für das Jahr 1993. Der Arbeitsmarkt März - Dezember 1994.  
 Hrsg. Arbeitsamt Leipzig.

## Übersicht

Stilllegung von Betrieben und Betriebsteilen im Südraum Leipzig seit 1990

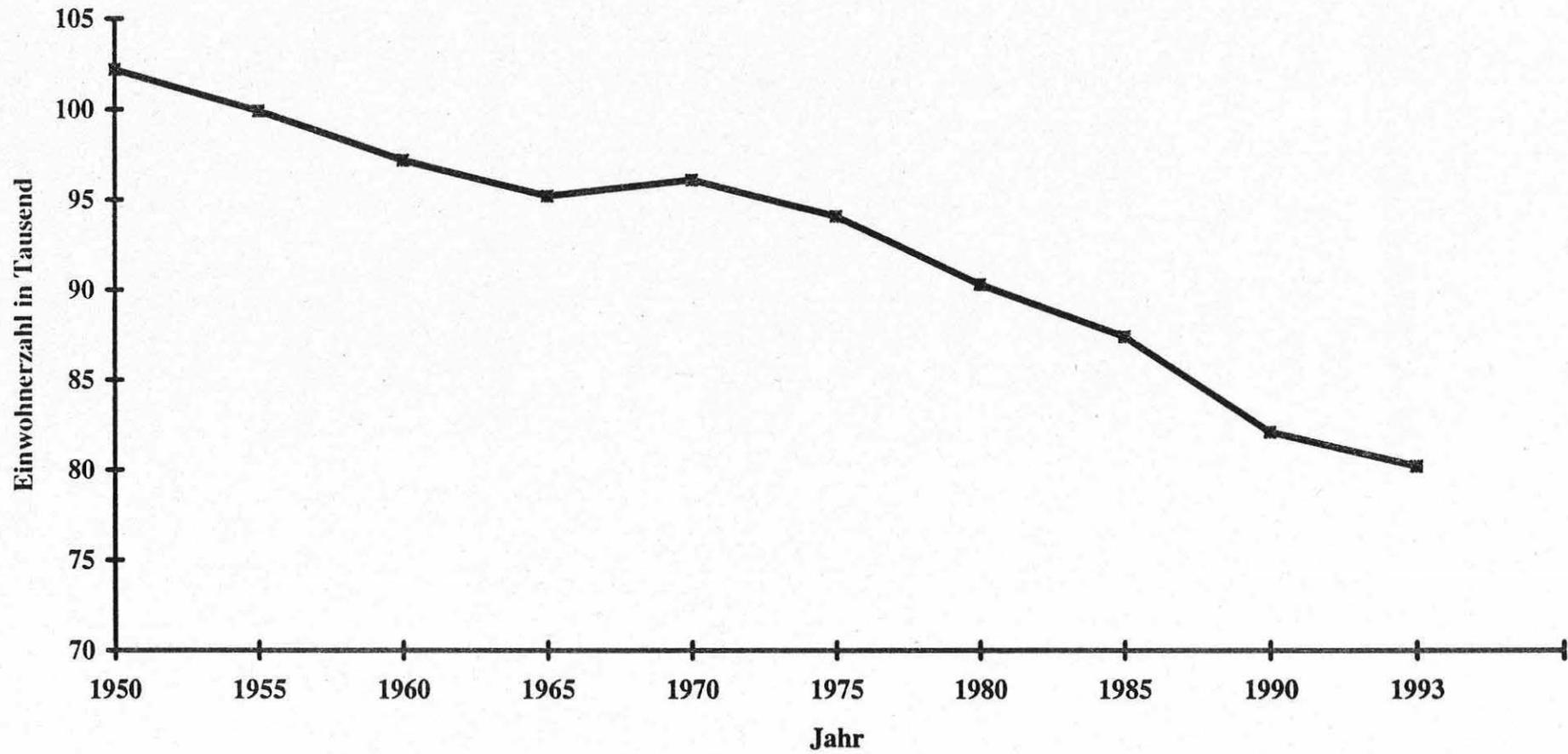
Tagebau	Brikettfabrik	Schwelerei	Kraftwerk
Groitzscher- Dreieck Cospuden Witznitz Bockwitz Espenhain Peres	Zechau Zipsendorf Haselbach Deutzen Borna I Borna II Thräna Espenhain Böhlen Witznitz Profen Deuben	Espenhain Böhlen Profen Deuben	Großzossen Thräna Witznitz Borna Espenhain I

**Abb. 1: Entwicklung der Braunkohlenförderung im Abbaurevier Südraum Leipzig  
(ohne Tagebaubereich Profen)**



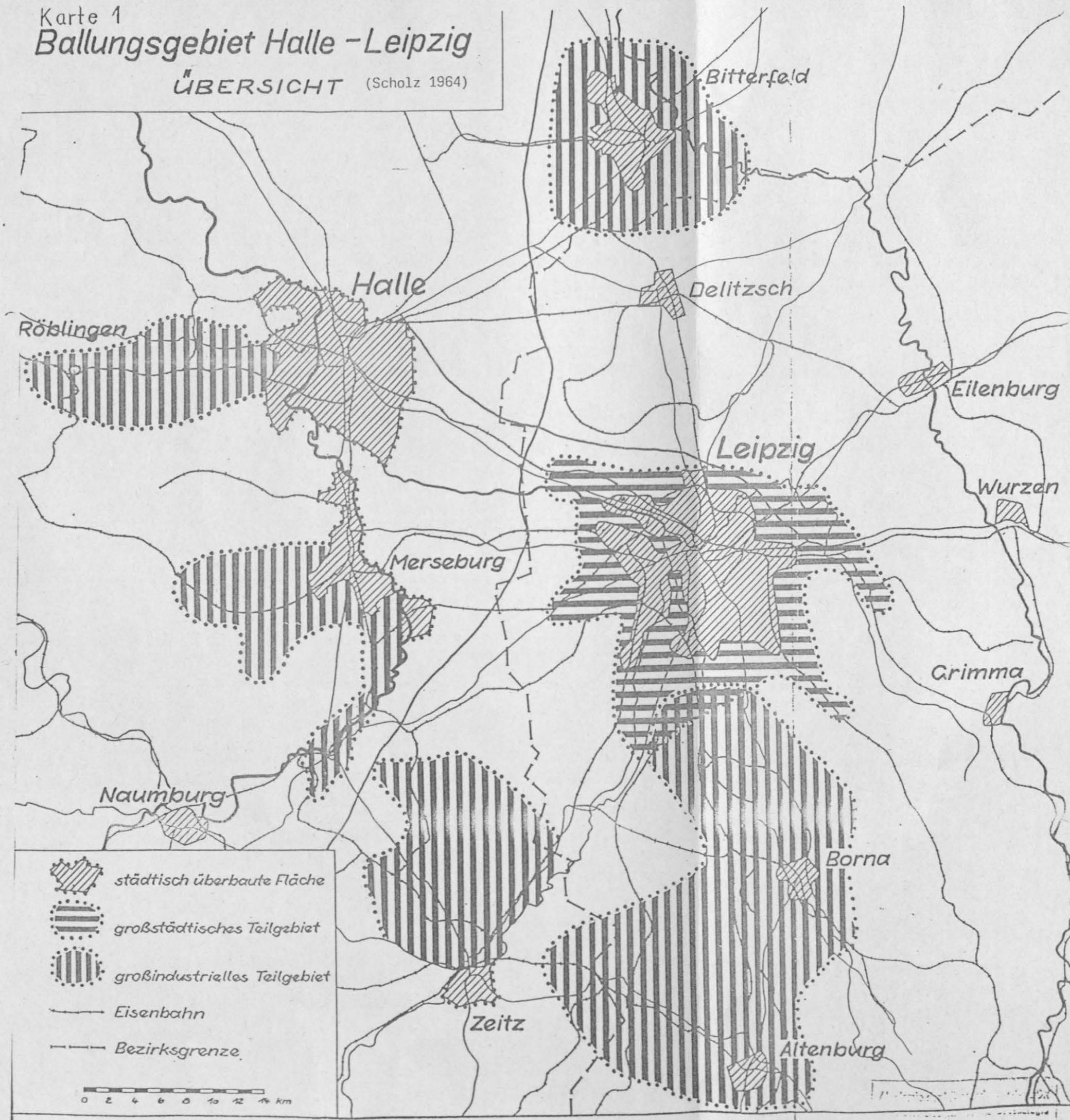
Quellen: Barthel, H. 1960; Berkner, A. 1989; Angaben der Mibrag (ab 1990)

**Abb.2: Entwicklung der Einwohnerzahl im Landkreis Borna 1950-1993**



Karte 1  
Ballungsgebiet Halle - Leipzig

ÜBERSICHT (Scholz 1964)



Sektion Angewandte Landschaftsökologie  
UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Permoserstraße 15  
D-04318 Leipzig  
Telefon 0341/235-2282  
Telefax 0341/235-2511